



Protokoll

7. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 25. November 1999

10.00–12.00 / 14.00 – 17.10 Uhr

Abwesend Vormittag:

Philipp Bollinger, Eva Chappuis, Esther Maag, Roland Meury, Heidi Portmann, Emil Schilt, Pascal Wyss, Matthias Zoller

Abwesend Nachmittag:

Urs Baumann, Philipp Bollinger, Eva Chappuis, Esther Maag, Heidi Portmann, Emil Schilt, Matthias Zoller

Kanzlei

Alex Achermann

Protokoll:

Andrea Maurer-Rickenbach, Colette Schneider, Erich Buser

Index

| | |
|----------------------------|-----|
| Dringliche Vorstösse | 179 |
| Mitteilungen | 191 |
| Traktandenliste, zur | 172 |

Traktanden

1 Anlobung von Lisbeth Maritz-Füeg als Friedensrichterin des Kreises 4 Arlesheim/Münchenstein und von Rudolf Kiefer als Mitglied des Bezirksgerichts Arlesheim
angelobt 173

2 1999/087a
Bericht der Petitionskommission vom 1. November 1999:
2 Einbürgerungsgesuche
Gesuchen Nr. 37 und 40 stattgegeben 173

3 1999/126
Berichte des Regierungsrates vom 22. Juni 1999 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 8. November 1999 sowie der Bau- und Planungskommission vom 10. November 1999: Kantonale Psychiatrische Dienste, Liestal; Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5; Vorprojektvorlage
beschlossen 175

4 1999/163
Berichte des Regierungsrates vom 24. August 1999 und der Bau- und Planungskommission vom 5. November 1999: Neue Erschliessung des Kantonsspitals Bruderholz mit öffentlichem Verkehr
beschlossen 179

5 1999/147
Berichte des Regierungsrates vom 29. Juni 1999 und der Umweltschutz- und Energiekommission vom 14. Oktober 1999: Lärmschutzmassnahmen an den Kantonsstrassen in den Gemeinden Bottmingen und Oberwil
zurückgewiesen 190

11 1999/240
Fragestunde (4)
werden schriftlich beantwortet 190

15 1999/249
Interpellation der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Schliessung der schweizerischen Produktionsbetriebe der Adtranz
beantwortet 180/182

16 1999/250
Interpellation der FDP-Fraktion vom 25. November 1999: Schliessung der der ADtranz Pratteln
beantwortet 180/182

17 1999/251
Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 25. November 1999: ADtranz und seine Folgen für die Region
beantwortet 180/182

18 1999/252
Interpellation der SVP-Fraktion vom 25. November 1999: Adtranz
beantwortet 180/182

19 1999/253
Interpellation der SD-Fraktion vom 25. November 1999: Schliessung der ADtranz in Pratteln
beantwortet 180/182

20 1999/244
Resolution Landrat des Kantons Basel-Landschaft vom 25. November 1999: ADtranz Schweiz muss Zukunft haben
beschlossen 180/187

21 1999/245
Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik
überwiesen 180/187

22 1999/246
Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Übernahme des ADtranz-Areals von der Schindler Immobilien in Pratteln
abgelehnt 180/187

23 1999/247
Postulat der FDP-Fraktion vom 25. November 1999: Einrichtung eines Krisendispositivs
überwiesen 180/189

24 1999/248
Postulat von Remo Franz vom 25. November 1999: Ein ständiger Wirtschaftsrat statt eine Task Force!
modifiziert überwiesen 180/189

Folgende Traktanden wurden nicht behandelt:

6 1999/156
Berichte des Regierungsrates vom 3. August 1999 und der Umweltschutz- und Energiekommission vom 14. Oktober 1999: Verpflichtungskredit nach dem Energiegesetz - eine Standortbestimmung nach weiteren 4 Jahren und Ausblick über das Jahr 2000

7 1999/228
Bericht des Regierungsrates vom 9. November 1999: Änderung von § 12 des Alters- und Pflegeheimdekretes. Direkte Beratung

8 1999/215
Motion der FDP-Fraktion vom 28. Oktober 1999: Alters- und Pflegeheimdekret - § 12 Finanzielle Leistungskraft (Änderung der bisherigen Regelung bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft)

9 1999/221
Postulat von Esther Aeschlimann vom 28. Oktober 1999: Solidarisierung/ Gemeindebeiträge an die Alters- und Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner

10 1999/122

Berichte des Regierungsrates vom 15. Juni 1999 und der Erziehungs- und Kulturkommission vom 28. Oktober 1999: Gesamtprojekt - Basel 2001 (Partnerschaftliches Geschäft)

12 1999/166

Parlamentarische Initiative von Bruno Krähenbühl vom 2. September 1999: Regelung der Mitwirkungsrechte des Kantons gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung

13 1999/170

Motion der FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Sofortmassnahmen im Asylbereich: Handeln tut Not!

14 1999/185

Motion von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht

Nr. 198

Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsident **Walter Jermann** begrüsst seine Kolleginnen und Kollegen sowie die Regierung herzlich zur heutigen Landratssitzung. Er heisst auch die Medienvertreter sowie die Sekundarschulklasse 4A aus Aesch willkommen.

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** informiert, die Luftreinhalteverordnung sei im Landrat schon häufig diskutiert worden. Als Zeichen dafür, dass gehandelt werde, sind alle Landrätinnen und Landräte eingeladen, in einem Fahr-Simulator ökologisches Fahren zu lernen. Testfahrten sind unter Anleitung des diplomierten Fahrlehrers Renato Munz möglich, Ansprechperson ist Sandra Kunz vom Lufthygieneamt. Sie wünscht allen viel Spass beim eco-fahren. (Das Projekt wurde übrigens am Vortag mit grossem Erfolg den Medien vorgestellt.)

Walter Jermann gibt bekannt, das Problem Adtranz werde um 14.00 Uhr vor der Fragestunde behandelt.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 199

Zur Traktandenliste

Rita Kohlermann beantragt, Traktandum 8 vor Traktandum 7 zu behandeln. Es macht vom Ablauf her Sinn, die Motion zum Alters- und Pflegeheimdekret vor der Regierungsrats-Vorlage zu behandeln.

Für **Alfred Zimmermann** ist nicht einsichtig, warum eine Änderung der Reihenfolge besser sein soll.

Rita Kohlermann erklärt, es sei immer so, dass ein Vorstoss überwiesen und erst dann in der Vorlage behandelt werde.

://: Der Landrat beschliesst, Traktandum 8 vor Traktandum 7 zu behandeln.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 200

1 Anobung von Lisbeth Maritz-Füeg als Friedensrichterin des Kreises 4 Arlesheim/Münchenstein und von Rudolf Kiefer als Mitglied des Bezirksgerichts Arlesheim

Lisbeth Maritz-Füeg als Friedensrichterin des Kreises 4 Arlesheim/Münchenstein und **Rudolf Kiefer** als Mitglied

des Bezirksgerichts Arlesheim geloben, in ihrem Amt die Verfassung und Gesetze zu beachten sowie die Pflichten des Amtes gewissenhaft zu erfüllen.

Walter Jermann wünscht Lisbeth Maritz-Füeg und Rudolf Kiefer viel Befriedigung in ihrem neuen Amt.

Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 201

2 1999/087a Bericht der Petitionskommission vom 1. November 1999: 2 Einbürgerungsgesuche

Heinz Mattmüller, Präsident der Petitionskommission, nimmt zu den beiden Einbürgerungsgesuchen wie folgt Stellung: Am 3. Juni 1999 wurden diese Gesuche vom Landratsplenium zurückgestellt, weil das Erfordernis des Wohnsitzes in der Gemeinde nicht erfüllt war und nähere Auskünfte verlangt wurden, ob die achtenswerten Gründe für eine Einbürgerung in einer anderen Gemeinde stichhaltig seien. Die Kommission erhielt einen neuen Bericht der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion und kam zu folgenden Entscheiden:

Der Vorlage konnten die Gründe dafür entnommen werden, weshalb sich die Gesuchstellerin in Gesuch Nr. 40 nicht auf dem normalen Weg an ihrer Wohnsitzgemeinde einbürgern lassen konnte. Die persönlichen Beziehungen zur Einbürgerungsgemeinde waren aus den Akten nicht ersichtlich, jedoch konnte sich die Kommission vom Vorliegen achtenswerter Gründe überzeugen. Als wesentlich kann betrachtet werden, dass die Gesuchstellerin assimiliert ist und noch keine Bürgergemeinde ihr Gesuch abgelehnt hat. Die Kommission empfiehlt dem Landrat, diesem Gesuch zuzustimmen.

- ://: 1. Dem Einbürgerungsgesuch Nr. 40 wird stattgegeben.
2. Die Gebühren werden gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festgesetzt.

Landratsbeschluss betreffend Erteilung des basellandschaftlichen Kantonsbürgerrechts

Vom 25. November 1999

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

Ackermann geb. Letic, Smilja, geb. 26. September 1951 in Novi Sad (Serbien, Jugoslawien), verwitwet, wird das basellandschaftliche Kantonsbürgerrecht erteilt.

Verteiler:
– Gemäss Weisung der Justiz- Polizei- und Militärdirektion

Heinz Mattmüller berichtet, die Kandidaten im Gesuch Nr. 37 seien von der Bürgergemeindeversammlung Pratteln abgelehnt worden. Da Pratteln schon einige Türken einbürgerte und dies auch immer noch tut, kann im vorliegenden Fall von ungenügender Assimilation ausgegangen werden. Unter diesen Voraussetzungen ist es fragwürdig, der Einbürgerung einer Familie an einem Ort stattzugeben, zu welchem sie keine besonderen Beziehungen pflegen. Achtenswerte Gründe können hier nicht geltend gemacht werden. Dieser Weg mag in der Vergangenheit toleriert worden sein, ist seit der Überprüfung der achtenswerten Gründe durch die Petitionskommission jedoch nicht mehr so selbstverständlich. Die von der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion aufgezählten achtenswerten Gründe sind ganz normale Voraussetzungen für eine Einbürgerung, jedoch keine Gründe für eine Einbürgerung in einer anderen Gemeinde als der Wohnsitzgemeinde.

Gäbe der Landrat diesem Gesuch statt, stellte er die Legitimität der Bürgergemeinde Pratteln in Frage. In der Kommission wurde die Ansicht vertreten, den diesbezüglich bekannten Oberbaselbieter Gemeinden nahe-zulegen, eine ablehnende Entscheidung einer anderen Bürgergemeinde in Zukunft besser zu hinterfragen.

Der Entscheid in der Kommission viel sehr knapp aus, was darauf zurückzuführen ist, dass einige Kommissionsmitglieder diesen Fall vor allem aus menschlicher Sicht beurteilten. Wir sollten uns aber darüber im Klaren sein, dass wir mit unserem heutigen landrätlichen Entscheid ein Zeichen setzen, welches von den bekannten Oberbaselbieter Bürgergemeinden zur Kenntnis genommen werden muss. Der heutige Entscheid wird die zukünftige Einbürgerungspraxis beeinflussen. Die Kommission beantragt dem Landrat, das Gesuch abzulehnen.

Röbi Ziegler gibt bekannt, es sei seine Schuld, dass der Kommissionsentscheid mit Stichentscheid des Präsidenten so zustande gekommen sei, denn er musste früher von der Sitzung weggehen. Er zitiert einen Satz aus dem Kommissionsbericht: *Ein Grund für die Ablehnung dieser Einbürgerung war dem Vernehmen nach auf den Verdacht einiger Bürger zurück zu führen, in den Räumlichkeiten jenes Betriebes kämen unerlaubte Umtriebe vor.* Diese Formulierungen liegen im Bereich von vagen Vermutungen und Gerüchten. Eine Überprüfung solcher Sachverhalte gehört nicht zu den Aufgaben einer Petitionskommission, denn die Kommission muss sich bei ihren Aktenentscheiden auf Fakten stützen, nicht auf allfällige Vermutungen und Verdächtigungen. Diese werden zudem durch das Fehlen diesbezüglicher Polizeiberichte widerlegt. Ein Abfassen von Kommissionsberichten auf diese Art und Weise empfindet er als sehr problematisch. Einbürgerungsgesuche dürfen nicht willkürlich und subjektiv beurteilt werden.

Bisher galt in der Petitionskommission der Grundsatz, dass eine Ablehnung durch einen Bürgerrat oder eine Bürgergemeindeversammlung trotz Erfüllung aller Einbürgerungskriterien als Begründung für die Abweichung vom Wohnortsprinzip akzeptiert wird. Ein Teil der Kommission will

nun von diesem Prinzip abrücken, denn mit der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und einer vom Wohnort abweichenden Einbürgerung würde die Autonomie der ablehnenden Bürgergemeinde beschnitten. Nüchtern betrachtet erteilt der Landrat allerdings nur das Kantons- und nicht das Gemeindebürgerrecht und mischt sich daher nicht in den eigenständigen Entschluss einer Gemeinde ein. Würde das Kantonsbürgerrecht in diesem Fall verweigert, bedeutete dies die Missachtung eines demokratischen Entscheids der einbürgernden Gemeinde.

Die SP-Fraktion stimmt der Einbürgerung der Familie Demir zu.

Paul Schär gibt die geschlossene Zustimmung der FDP-Fraktion zu dieser Einbürgerung bekannt. Trotzdem empfand er es als wichtig, in den heute besprochenen Fällen noch nähere Abklärungen durchgeführt zu haben. Entscheidend ist für ihn, dass der Bürgerrat Pratteln dieser Einbürgerung zustimmte. Für eine Ablehnung bestehen keinerlei Anhaltspunkte.

Esther Gallacchi weist im Namen der CVP/EVP-Fraktion darauf hin, dass die Gründe für eine Ablehnung nicht überprüfbar sind. Es handelt sich um eine Familie mit zwei in der Schweiz geborenen Kindern. Die CVP/EVP spricht sich für eine Einbürgerung der Familie Demir aus.

Monika Engel und die SVP-Fraktion sind der Meinung, achtenswerte Gründe lägen in diesem Fall keine vor und der Entscheid der Bürgergemeindeversammlung Pratteln müsse respektiert werden.

Maya Graf stellt namens der Grünen Fraktion den Antrag, dem Einbürgerungsgesuch der Familie Demir zuzustimmen. An diesem Beispiel wird klar, wie absurd und rechtsstaatlich bedenklich sich die aktuelle Einbürgerungspraxis präsentiert. An der Bürgergemeindeversammlung 1997 in Pratteln wurden sehr emotionale Entscheide gefällt, denn auch Familie Demir erfüllte alle Voraussetzungen. In unserem demokratischen Staat stellt das Fehlen einer Beschwerdemöglichkeit bei Einbürgerungen eine unwürdige Situation dar, und eine Revision des Bürgerrechtsgesetzes ist dringend notwendig.

Ruedi Moser kann Röbi Zieglers Ausführungen grundsätzlich folgen, jedoch nicht im vorliegenden Fall, welcher nichts mit den Emotionen der damaligen Bürgergemeinde zu tun hat. Er sieht das Problem darin, dass die entsprechende Person ihr Stimm- und Wahlrecht am Wohnort ausüben wird und nicht am Einbürgerungsort. Die Bürgergemeinde Pratteln wollte dies nicht. Er selbst wird dieses Gesuch ablehnen.

Für **Hans Schäublin** ist es klar, dass sich jemand, der eingebürgert werden will, an der entsprechenden Stelle von der Sonnenseite zeigt. Behörden in einer Gemeinde von 15'000 Einwohnern können also gar nicht alles überprüfen. Das Stimmvolk in Pratteln brachte klar zum Ausdruck, dass diese Familie nicht eingebürgert werden soll, was er akzeptiert.

Ruedi Brassel kommt auf einige Bemerkungen des Kommissionspräsidenten und auf den Kommissionsbericht zurück. Er ist der Meinung, der Entscheid des Landrates dürfe nicht auf Gerüchten basieren, sondern auf den Abklärungen der zuständigen Behörden. Wo kommen wir hin, wenn wir einer ablehnenden Bürgergemeinde ein Vorrecht zugestehen, mit welchem sämtliche übrigen Bürgergemeinden gebunden werden? Dies wäre seiner Meinung nach rechtlich nicht haltbar. Auch heute haben wir bei bereits eingebürgerten Zuzüglern und Zuzügerinnen keinen Einfluss auf das Stimmrecht auf Gemeindeebene. Er bittet, der Einbürgerung zuzustimmen.

Heinz Mattmüller wehrt sich gegen den Vorwurf einer tendenziösen Berichterstattung. Er formulierte nur, was an der entsprechenden Bürgergemeindeversammlung gegen die Familie vorgebracht wurde. Zudem habe er auch richtig gestellt, dass die Kommission auf diese Äusserungen und Vermutungen nicht einging. Er bleibt natürlich bei seiner Aussage, es sei sinnvoll, sich am Wohnort einbürgern zu lassen, da die Wohnsitzgemeinde die Integration einer Person am besten beurteilen kann.

Walter Jermann lässt über den Kommissionsantrag abstimmen.

- ://: 1. Der Antrag, die Familie Demir *nicht* einzubürgern, wird mit 52:21 abgelehnt. Somit wurde der Einbürgerung stattgegeben.
2. Die Gebühren werden gemäss den regierungsrätlichen Vorschlägen festgesetzt.

**Landratsbeschluss
betreffend Erteilung des basellandschaftlichen Kantonsbürgerrechts**

Vom 25. November 1999

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

Demir Ahmet, geb. 3. Mai 1964 in Siran (Türkei)
Demir geb. Semir, Sadiye, geb. 3. Februar 1969 in Erzincan (Türkei)
Demir, Mesut, geb. 25. Juli 1989 in Liestal,
Demir, Simge, geb. 31. März 1996 in Binningen
wird das basellandschaftliche Kantonsbürgerrecht erteilt.

Verteiler:

- Gemäss Weisung der Justiz- Polizei- und Militärdirektion

Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei

*

Nr. 202

3 1999/126

Berichte des Regierungsrates vom 22. Juni 1999 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 8. November 1999 sowie der Bau- und Planungskommission vom 10. November 1999: Kantonale Psychiatrische Dienste, Liestal; Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5; Vorprojektvorlage

Rita Bachmann erklärt, die Vorlage 1999/126 bilde den Abschluss einer Reihe von Bautätigkeiten zugunsten der Kantonalen Psychiatrischen Dienste, dabei denkt sie an folgende Vorhaben: Altersheim, Windspiel, Küchensanierung, dritte Akutstation und schlussendlich auch an die Telefonvermittlungsanlage. Im Haus 5 sollen durch den Umbau optimale, polyvalent nutzbare Patientenstationen, Räume für Aktivierungstherapien und ein Zentrum für körperbezogene Behandlungen geschaffen werden. Die bisher im Haus 5 untergebrachten Büros werden in einem separaten, neuen Gebäude mit Patientenwerkstatt in unmittelbarer Nähe eingerichtet. Die Grundlage dazu liefert das Psychiatriekonzept aus dem Jahr 1980, wonach sich die Kantonale Psychiatrische Klinik langfristig von einer geschlossenen, verwahrenden Anstalt zu einer Klinik mit spezifischen intensiven Abklärungen, Akuttherapie und Rehabilitation entwickeln soll.

Während früher eine grosse Zahl von Dauer-Patienten und -Patientinnen das Bild beherrschte, ist die Klinik heute von Akut- und Rehabilitationspatienten geprägt. Die Folgeplanung aus dem Jahr 1991 bestätigt die eingeschlagene Richtung (Vorlage Seite 4). In der Gesamtplanung 1990/91 war ein Neubau vorgesehen, welcher aus Kostengründen nicht realisiert wurde. Die räumliche Erweiterung des Hauses 7 von 2 auf 3 Akutstationen und der gleichzeitige Ausbau des Dachstocks von Haus 5 werden den künftigen Bedarf gut abdecken.

Die Bedarfsfrage wurde sowohl in der Vorlage als insbesondere auch in der Kommission intensiv diskutiert. Mit dem geplanten Einbau von polyvalent nutzbaren Patientenstationen soll späteren Bedürfnissen mit wenig Aufwand entsprochen werden können.

Haus 5 wurde 1934 erstellt und ist vom Standpunkt der Denkmalpflege aus schützenswert. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission sowie die Planungskommission konnten anlässlich einer gemeinsamen Besichtigung am 23. September feststellen, dass eine Sanierung dringendst notwendig ist. Regierungsrätin Elisabeth Schneider sagte damals, dieser Bau sei "unseres Kantons unwürdig".

Geplant ist der Umbau aller grossen Abteilungen im ersten Erdgeschoss und zweiten Obergeschoss von Haus 5 zu Einer- oder Zweierzimmern mit Nasszellen, Aufenthalts- und Nebenräumen. Mit wenig Aufwand soll eine Privatstation eingerichtet werden. Die Kapazitätsreduktion von 120 auf 107 Betten kann mit einem Projekt der Vereins für Sozialpsychiatrie für ein drittes Wohnheim mit 12 Plätzen im unteren Kantonsteil aufgefangen werden. Das erste

Untergeschoss soll Aktivierungstherapien sowie ein Zentrum für körperbezogene Therapien aufnehmen.

Zum Neubau des Werkstatt- und Bürogebäudes: Der in den vergangenen Jahren stetig steigende Bürobedarf im Bereich Informatik, Sicherheit und Administration sowie der nach dem Umbau von Haus 5 fehlende Platz machen den zusätzlichen Bau notwendig.

In der Kommission wurden einige Diskussionen zum Thema eines Neubaus anstelle des geplanten Umbaus geführt. Abgesehen davon, dass diese Frage eingehend besprochen wurde, bevor der Umbau des Hauses 7 und der Dachstockausbau von Haus 5 beschlossen wurden, wäre ein Neubau rund 12,4 Mio. Franken teurer (total 36,2 Mio. Franken). Die Verwaltung bekennt sich explizit zur Funktionalität des alten Baus Haus 5. Die geplanten, polyvalent nutzbaren Patientenstationen lassen die Option für die Planung einer Privatstation zu, ein Angebot, welches heute noch nicht besteht. Eine Beeinträchtigung des erforderlichen Bedarfs für die Allgemeinpatienten und -patientinnen wird nicht eintreten.

Einem gesamtschweizerischen Vergleich über die psychiatrische Versorgung konnte Rita Bachmann mit grosser Befriedigung entnehmen, dass Basel-Landschaft mit 0,74 Betten pro 1'000 Einwohner praktisch am Schluss rangiert.

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission sowie die Bau- und Planungskommission empfehlen dem Landrat, der Vorprojektvorlage zuzustimmen. Auf Antrag der Bau- und Planungskommission erfuhr der Beschluss im ersten Absatz folgende Änderung: Eingeschoben wird nach "Haus 5" noch "inklusive Werkstatt und Bürogebäude". Sie verweist auf den Entwurf des Landratsbeschlusses.

Esther Aeschlimann beantragt namens der SP-Fraktion Eintreten auf die Vorlage. Die heutigen Zustände in Haus 5 sind inakzeptabel, wobei einem der Grad einer gewissen Diskriminierung der psychiatrischen Medizin zu denken geben muss. Die Folgeplanung 1993 zum Psychiatriekonzept wird mit der aktuellen Vorlage abgeschlossen, Regierungsrat Erich Straumann wird bis in 2 Jahren eine weitere Folgeplanung vorlegen.

Neben der Schaffung von polyvalent nutzbaren Pflegeeinheiten wird auch die Schaffung einer kleinen Privatstation begrüsst. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission konnte sich überzeugen, dass kein Überangebot entstehen wird.

Ernst Thöni erklärt, die Sanierung von Haus 5 sei unbestritten und äusserst dringend. In letzter Zeit wurden psychisch Kranke in der Bevölkerung als wirklich Kranke akzeptiert, so dass man diese nicht mehr zentral verstecken muss. Der Behandlungserfolg in der Psychiatrie setzt ein grosses Vertrauen voraus. Um dieses Vertrauen aufzubauen wäre es von Vorteil, eine Behandlung (stationär und ambulant) immer am gleichen Ort durchzuführen. Ernst Thöni spricht sich daher für eine Dezentralisierung anstelle einer Zentralisierung aus.

Im Namen der FDP-Fraktion plädiert er trotz der Dringlichkeit dafür, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen, mit dem Auftrag, ein externes Gutachten machen zu lassen. Die psychisch Kranken sollen gemeinsam mit den somatisch Kranken in den bestehenden Spitälern untergebracht werden, sofern sie in offenen Stationen behandelt werden können. Damit bestünde die Möglichkeit, den geplanten Neubau einzusparen.

Patrizia Bognar ist über den neuen, in der Kommission nicht diskutierten Aspekt überrascht. Die CVP/EVP-Fraktion spricht sich grundsätzlich für den Kredit aus, da eine Sanierung des Hauses 5 als sinnvoll erachtet wird. Selten hat Patrizia Bognar eine derart gute Kommissionsberatung erlebt, man wurde von den Verantwortlichen mehrmals orientiert und zwei Kommissionen nahmen Stellung. Sie empfindet es daher als komisch, dass Ernst Thöni im Nachhinein einen Antrag stellt, von dem niemand etwas wusste. Die Zusammenlegung von psychisch Kranken mit physisch Kranken wurde in der Kommission besprochen und nicht als sinnvoll erachtet. Der Zustand unserer Psychiatrischen Klinik ist sehr erschreckend und es ist dringend nötig, etwas dagegen zu unternehmen. Sie bittet daher, dem geplanten Umbau zuzustimmen.

Hanspeter Frey vertritt eine Minderheit der FDP, welche ganz klar der Meinung ist, es sollen nicht zwei Dinge miteinander vermischt werden. In der Vorlage geht es um den Umbau eines Gebäudes der Psychiatrischen Klinik und nicht um das Psychiatriekonzept als solches. Für eine Überprüfung der Planung Psychiatrie ist eine Rückweisung dieser Vorlage nicht nötig. Mit dem geplanten Umbau soll nun das erste Konzept abgeschlossen werden. Auch ihm hat es bei der Besichtigung von Haus 5 die Sprache verschlagen.

Indem Wohnheime im unteren Kantonsteil geschaffen werden, wird der Dezentralisierung Rechnung getragen. Die Einrichtung einer Privatabteilung wird ebenfalls begrüsst. Obwohl er selbst lange Verfechter eines Neubaus war, liess er sich von den Vorteilen des vorliegenden Konzepts überzeugen. Mit einer Zustimmung zur Kreditvorlage für das Vorprojekt wird sicher ein richtiger Entscheid getroffen. Eine Minderheit der FDP-Fraktion bittet den Landrat also, der Vorlage zuzustimmen.

Peter Holinger bemerkt, durch die Behandlung in zwei Kommissionen sei die Vorlage breit abgestützt. Das 1934 erbaute Haus 5 sei verschiedenen kleineren Renovationen unterzogen worden, wobei in der letzten grösseren Umbauetappe vom Landrat bereits Zeichen gesetzt wurden, wie das Haus in Zukunft genutzt werden solle. Ein Abbruch des Hauses ist wegen seiner guten Bausubstanz nicht gerechtfertigt, zudem wäre ein Neubau sehr viel teurer.

Die SVP-Fraktion befürwortet den Projektierungskredit einstimmig. Als Wermutstropfen bezeichnet er die Tatsache, dass in der Vorphase zum heutigen Bauprojekt von der Baudirektion acht Architekturbüros eingeladen wurden, ein eigentlicher Architekturwettbewerb allerdings nicht stattfand. Von den acht ausgewählten Büros stammten fünf aus Basel, zwei aus Liestal und eines aus Bottmingen. Der

Auftrag soll nun an eines der Basler Büros gehen. Selten konnte ein Baselbieter Architekturbüro für Basel-Stadt arbeiten, umgekehrt ist es jedoch beinahe die Regel und er fragt sich, wo die Partnerschaft hier bleibe. Mit dem neuen Beschaffungsgesetz wäre dieser Entscheid vermutlich nicht ganz nachzuvollziehen gewesen. Die Projektierungskosten werden als relativ hoch betrachtet.

Jörg Krähenbühl bittet seine Ratskollegen und -kolleginnen, Ernst Thönis Antrag nicht zuzustimmen. Das der Vorlage zugrunde liegende Konzept lässt sehr variable Lösungen zu.

Roland Bächtold pflichtet seinen Vorrednern und Vorrednerinnen bei, auch er ist der Meinung, Haus 5 müsse dringend saniert werden. Dennoch ist er eher Vertreter eines Neubaus, denn auch saniert sei das alte Haus aus dem Jahr 1934 noch alt und passe überhaupt nicht zu Haus 7. Ein neues Haus könnte auch höher und breiter gebaut und dafür auf den jetzt geplanten Neubau verzichtet werden. Er spricht sich dagegen aus, heute noch Grünland zu verbauen. Eine Dezentralisierung kann er nicht unterstützen. Die SD-Fraktion stimmt eher für einen Neubau, bei einer Sanierung würde sie sich der Stimme enthalten.

Maya Graf teilt die Unterstützung des Rückweisungsantrags durch die Grüne Fraktion mit, obwohl eine Sanierung von Haus 5 dringend nötig und unbestritten ist. Die Kommissionsberatung war sehr ausführlich, weshalb sie bedauert, dass der neue Aspekt erst in jüngster Zeit an die Fraktion herangetragen wurde, so dass es nicht mehr reichte, diesen in der Kommission zu diskutieren. Ein wichtiger Punkt in der zukünftigen Planung ist die Sektorsierung, die Einrichtung je eines Sektors mit stationärer und ambulanter Behandlung für das Ober- und Unterbaselbiet. Der Sektor Unterbaselbiet könnte beispielsweise am Bruderholzspital eingerichtet werden, wo externe psychiatrische Dienste bereits bestehen. Dies entspricht dem modernen Konzept einer dezentralen und offenen Psychiatrieversorgung.

Wird heute die Sanierung von Haus 5 plus der Bau eines Bürogebäudes beschlossen, werden sich dort 100 Betten befinden. Würde Haus 5 saniert, der Neubau aber weggelassen und die Betten den Allgemeinspitälern im Unterbaselbiet angliedert, entspräche dies sicher dem Konzept einer modernen Psychiatrie. Um den neuen Aspekt nochmals zu diskutieren und um sich nicht heute ein neues Konzept auf Jahrzehnte hinaus zu verbauen, ist eine Rückweisung an die Kommission der richtige Schritt.

Dass es sehr unangenehm ist, sich an Ort und Stelle für die Rückweisung einer gut durchdachten und diskutierten Vorlage zu entscheiden, ist verständlich. Trotzdem bittet sie den Landrat, dies zu tun, da es sich (auch finanziell) lohnt.

Paul Schär gehört zur beträchtlichen Minderheit der FDP, welche der Vorlage voller Überzeugung zustimmen wird. Die Variante der dezentralen oder sektorialen Lösung ist höchst interessant und kam im Bericht leider zu wenig zum

Ausdruck. Die zentrale Lösung ist momentan jedoch die richtige, weil die Fachkompetenz gebündelt vorhanden ist. Dies kann dezentral nicht auf demselben Niveau sichergestellt werden. Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt her drängt sich eine zentrale Lösung auf.

Im September 1995 habe er als Neuling im Landrat die Frage gestellt, warum keine private Abteilung geplant werde. Regierungsrat Eduard Belser lehnte dies vehement ab. Eine Therapie durch eine Absonderung dieser Patienten würde erschwert. Wer Diskretion brauche, gehe in Kliniken ausserhalb des Kantons. Da eine solche Abteilung jetzt geplant ist, stellte er in der Kommission die Frage, ob ein derartiger Gesinnungswandel überhaupt gerechtfertigt sei. Es bestünde auch die Variante, dass Privatpatienten und -patientinnen sich in der Klinik Sonnhalde behandeln liessen. Im Privatbereich in Liestal will man nun Notfallpatienten und -Patientinnen einen Platz bieten, der partnerschaftliche Gedanke mit der Sonnhalde soll jedoch nicht ausser Acht gelassen werden.

Esther Aeschlimann hat Ernst Thönis Aussage nicht ganz verstanden. Mit welchen Auflagen soll die Vorlage an die Regierung zurückgewiesen werden? Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben eine gemeinsame Spitalplanung im Akutbereich Psychiatrie und somatische Medizin, dank der eine gewünschte hohe Bettenauslastung erreicht wurde. Wo sollen die über 100 Betten ausgelagert werden, wenn das Kantonsspital Bruderholz beispielsweise eine Auslastung von 98 bis 100 Prozent aufweist?

Psychiatrische Patientinnen und Patienten gehören in ein psychiatrisches Akutspital, wo die entsprechende Infrastruktur, fachärztliche und fachpflegerische Betreuung gewährleistet werden kann. Das Thema Sektorsierung ist überhaupt nicht Inhalt dieser Vorlage. Um fundiert darüber diskutieren zu können, müssten die Hintergründe und Vergleiche mit anderen Kantonen besser ausgeführt werden. Sie bittet, dem Kommissionsantrag zuzustimmen.

Hanspeter Frey weist auf folgenden Widerspruch hin: Einerseits ist der Umbau unbestritten, andererseits wird eine Rückweisung zu erneuten Überprüfungen gefordert. Würde die von Maya Graf geforderte Sektorsierung durchgeführt, bedingte dies einen ungleich grösseren Spitalneubau für das Unterbaselbiet. Liestal liege nicht so abgelegen. Wird dem Antrag auf Rückweisung stattgegeben, wird man noch in zehn Jahren über dieses Thema diskutieren.

Rita Bachmann hat das Gefühl, das Thema werde zerredet. Sie bittet, dem Rückweisungsantrag nicht stattzugeben. Der Umbau und die Sanierung von Haus 5 sind dringend notwendig und müssten gemacht werden, auch wenn dem Rückweisungsantrag zugestimmt würde. Sie zeigt sich erstaunt über die Konfrontation mit diesem Antrag zum jetzigen Zeitpunkt, vor allem auch, weil die Vorlage in der Kommission sehr gründlich beraten wurde.

Die Kantonale Psychiatrische Klinik ist kein gewöhnliches Spital, sondern eine Akutklinik, an welcher eine geschlossene Abteilung notwendig ist. Die Kantonsspitäler wären mit der Betreuung dieser Patienten und Patientinnen krass überfordert. Zudem ist unser Kanton, wie bereits erwähnt, mit 0,74 Betten pro 1'000 Einwohner alles andere als überdotiert bezüglich der Versorgung von psychisch kranken Menschen.

Das Haus 5 weist eine sehr gute Bausubstanz auf und die Nutzung der neuen Räume wird zu keiner Zeit ein Problem sein. Sie bittet, der Vorlage zuzustimmen.

Ernst Thöni will sicher gehen, dass ihn alle richtig verstanden haben. Die Sanierung des alten Hauses 5 sei super-dringend, aber wenn der Kredit von 1,4 Mio. heute bewilligt würde, wäre der Vorgang Um- und Neubau zementiert. Aus anderem Zusammenhang weiss er, dass neue Psychiatrie-Konzepte bestehen. Das Thema Sektorsierung wurde in der Kommissionsberatung nur gestreift. Mit der Rückweisung soll eine nochmalige Abklärung erreicht werden.

Sabine Stöcklin nimmt Ernst Thönis Anliegen, die Psychiatrie nicht zu diskriminieren, sehr ernst. Trotzdem kommt sie zum Schluss, den Rückweisungsantrag nicht zu unterstützen. Stimmt der Landrat dem geplanten Verlauf zu, wird nichts zementiert, sondern polyvalente Räume werden modernisiert.

Das Anliegen, in der Psychiatrie mehr zu dezentralisieren, soll in die Psychiatrie-Folgeplanung aufgenommen werden. Sollte die Psychiatrie dezentralisiert werden, könnten die Räume für andere Aufgaben genutzt werden.

Paul Rohrbach bestätigt, Ernst Thönis Überlegungen seien sicher überlegenswert, jedoch überhaupt nicht neu. Im Kanton Bern beispielsweise werden viele Spitäler, auch im somatischen Bereich, zusammengeführt. Psychosomatiker sind an den somatischen Spitälern längst untergebracht, aber nur wenige Leute sind richtig ausgebildet. Das Pflegepersonal an den somatischen Spitälern ist sehr belastet und wehrt sich zu Recht gegen die Aufnahme von psychiatrischen Fällen. Um eine gute Betreuung zu gewährleisten, müssten mehr Leute angestellt werden. Zudem nehmen die schweren Krankheitsbilder in der Psychiatrie zu. An einem somatischen Spital kann der Service mit Aktivierungstherapie, Ergotherapie, Gruppengesprächen, etc. nicht geboten werden. Er ist überzeugt, dass psychiatrische Versorgung ausserhalb der Kantonalen Klinik viel teurer würde als eine zentrale Lösung.

Peter Holinger betont, das Geschäft sei von den Fachleuten zweier Direktionen und von zwei Kommissionen für gut befunden worden, so dass eine Rückweisung einen komischen Eindruck hinterliesse.

Regierungsrat **Erich Straumann** weist bezüglich Sektorsierung darauf hin, dass beispielsweise der Kanton Bern zehnmal grösser sei als der Kanton Basel-Landschaft, so dass Basel-Landschaft dort gerade einen Sektor darstellte. Eine Sektorsierung ist auch innerhalb der Klinik möglich.

Dass in den übrigen Akutspitälern leere Betten vorhanden sind, ist richtig, um auch Notfälle aufnehmen zu können. Eine Dezentralisierung zöge grosse Folgekosten nach sich. Das KVG fordere eine Reduktion, und es dürfe nicht dazu kommen, dass "jedes Tälchen sein Spitalchen" erhält. Er bittet, das Geschäft nicht zurückzuweisen, denn Expertisen würden ein Treten an Ort bewirken.

Walter Jermann lässt über den Antrag von Ernst Thöni abstimmen. Dieser lautet wie folgt:

Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, ein externes Gutachten einzuholen zur Abklärung der Dezentralisierung der Bettenstationen in die bestehenden Kantonsspitäler mit dem Ziel, Büro und Werkstätten im Haus 5 unterzubringen.

://: Die Rückweisung wird abgelehnt.

Hanspeter Frey schlägt vor, den Landratsbeschluss-Entwurf wie folgt zu präzisieren:

1. *Dem Vorprojekt für die Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5 inklusive **Neubau Werkstatt- und Bürogebäude der Kantonalen Psychiatrischen Dienste Liestal** wird zugestimmt.*

Rita Bachmann kann dieser Änderung zustimmen.

://: Die Änderung wird stillschweigend genehmigt, Rückkommen wird nicht beschlossen.

://: Der Landratsbeschluss wird einstimmig – mit Enthaltungen – verabschiedet.

**Landratsbeschluss
betreffend Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5 der
Kantonalen Psychiatrischen Dienste Liestal; Vor-
projektvorlage**

Vom 25. November 1999

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Dem Vorprojekt für die Sanierung, Um- und Ausbau Haus 5 inklusive Neubau Werkstatt und Bürogebäude der Kantonalen Psychiatrischen Dienste Liestal wird zugestimmt.
2. Zu Lasten des Kontos 2320.503.30-199 wird ein Verpflichtungskredit für die Projektierung bis und mit Baukreditvorlage von Fr. 1'430'000.00 bewilligt.
3. Ziffer 2 dieses Beschlusses untersteht gemäss §§ 31, Absatz 1, Buchstabe b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.

*Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

*

Nr. 203

4 1999/163

Berichte des Regierungsrates vom 24. August 1999 und der Bau- und Planungskommission vom 5. November 1999: Neue Erschliessung des Kantonsspitals Bruderholz mit öffentlichem Verkehr

Karl Rudin betont, eine sehr gute Verbindung vom Bahnhof Basel zum Kantonsspital Bruderholz sei ein echtes und berechtigtes Anliegen der Bevölkerung. Durch die Realisierung des Universitäts-Kinderspitals an zwei Standorten sei eine gute Verbindung zwischen den beiden Kantonsspitalern ebenfalls notwendig. Im Rahmen des generellen Leistungsauftrags vor rund zweieinhalb Jahren lehnte der Landrat eine ausgebaute Verbindungen ab, weil keine entscheidungsreifen Projektunterlagen vorlagen. Diese liegen jetzt vor.

Das Projekt (Variante Bottmingen) sieht eine Verlängerung der BVB-Linie 34 vom Claraplatz bis Bottmingen vor. Neu werden anstelle von Trolleybussen dieselbetriebene Gelenkbusse eingesetzt, einerseits um Spitzenkapazitäten abzudecken, andererseits wäre der Aufbau eines weiteren Trolleybus-Netzes sehr teuer. Die Linie 37 führt neu nur noch von Bottmingen über das Bruderholzspital zum Jakobsberg und wird von der BLT mit den modernsten Bussen (Hybridfahrzeugen) betrieben. Ein kürzerer Takt der BLT-Linie von Muttenz aus ist in Planung, was eine klare Verbesserung der Verbindungen mit dem Oberbaselbiet bedeuten würde.

Die von der BLT und der BVB eingesetzten Fahrzeuge werden in Zukunft mit Niederflur und Klapprampen ausgerüstet, so dass das Ein- und Aussteigen für Mobilitätsbehinderte stark verbessert wird. Die Bau- und Planungskommission liess sich im Frühjahr dieses Jahres in München davon überzeugen, dass dies ein gutes Modell darstellt. Selbstverständlich muss auch das barrierefreie Umsteigen gewährleistet werden.

Eine direkte Verbindung vom Bahnhof zum Bruderholzspital wurde nicht erfüllt, aber eingehend geprüft. Eine direkte Verbindung hätte ein deutlich schlechteres Kosten-Nutzen-Verhältnis gebracht und ein weniger dichtes Angebot. Eine Umfrage bei den Spitalbesuchenden und den Bewohnern und Bewohnerinnen des Bruderholzes zeigte, dass ein dichteres Angebot stärker gewichtet wird als die Anzahl der Umsteigevorgänge. Aus der Kommission wurde eine Verbesserung der Signalisation ab Bahnhof Basel sowie eine gute Information mit dem Fahrgastinformationssystem angeregt.

Die Bau- und Planungskommission beantragt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Beatrice Fuchs spricht sich seitens der SP für Eintreten auf die Vorlage aus, da die Optimierung des öffentlichen Verkehrs schon immer ein Anliegen ihrer Partei darstellte. Nun liegt ein entscheidungsreifes Projekt vor, um das Bruderholzspital für die Bevölkerung mit dem öffentlichen Verkehr besser zu erschliessen. Wer selbst schon Angehörige mit dem öffentlichen Verkehrsmittel auf dem Bruderholz besuchte weiss, was dies bedeutet. Daher benutzen die meisten Leute ihr Auto.

Dank technischer Verbesserungen wird es für Behinderte möglich, das Spital auch allein zu erreichen. Die besten technischen Einrichtungen helfen jedoch nur, wenn die baulichen Massnahmen dementsprechend ausgeführt wurden. Zwar muss einmal umgestiegen werden, ist der Anschluss jedoch gewährt, lässt sich dieser Aufwand rechtfertigen. Ein zwölf- beziehungsweise fünfzehn-Minuten-Takt ist zu unattraktiv, vor allem bei schlechter Witterung oder nachts. Die Neuerung wird für BesucherInnen und das Personal des Spitals eine Verbesserung bringen.

Sollte zu einem späteren Zeitpunkt die Linie 63 von Biel-Benken via Bruderholz nach Muttenz realisiert werden, wäre dies eine zusätzliche, sinnvolle Vernetzung. Die Kosten von 250'000 Franken sind nur deshalb so "tief", weil auf verschiedenen Linien eine Taktausdünnung stattfand. Während des Tages sind 7,5 Minuten Wartezeit wirklich die oberste Grenze, damit die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel nicht verloren geht.

Sie lobt die sehr gute Öffentlichkeitsarbeit (Flyers mit Linienführung, Fahrplan und Spitalöffnungszeiten in den Briefkästen).

Die SP-Fraktion stellt sich einstimmig hinter die Umsetzung dieses Betriebskonzepts.

Max Ribi gibt bekannt, die FDP-Fraktion erachte diese Lösung als gut und stimme der Vorlage einstimmig zu.

Theo Weller erklärt, auch die CVP/ EVP-Fraktion könne dieser Planung zustimmen. Dass in Bottmingen umgestiegen werden muss, ist ein Wermutstropfen, welcher durch den schnelleren Fahrplantakt aber aufgewertet wird. Hybridbusse sind eine gute Investition in die Zukunft.

Peter Holinger informiert, sowohl die Verbindung zwischen den beiden Kinderspitälern als auch die gute Erschliessung für die OberbaselbieterInnen sei sehr wichtig. Die Hybridfahrzeuge sind sehr erwähnenswert, und mit dem 7,5-Minuten-Takt ist eine vernünftige Erschliessung sicher gewährleistet. Der dadurch bedingte finanzielle Mehraufwand scheint vertretbar, so dass die SVP-Fraktion einstimmig hinter der vorgeschlagenen Variante steht.

Roland Bächtold informiert, die SD-Fraktion stehe geschlossen hinter dem Antrag der Bau- und Planungskommission, jedoch muss mindestens der 7,5-Minuten-Takt eingehalten werden.

Daniel Wyss und die Grüne Fraktion sind sehr erfreut, dass ein altes Anliegen ihrerseits heute endlich zur Abstimmung gelangt. Schon bei der Kinderspitaldebatte drängten die Grünen auf eine bessere Verbindung mit dem ÖV. Es ist zwar schade, dass nur die zweitbeste Erschliessung gewählt wurde, weil aber die direkte Verbindung vom Bahnhof her viel teurer gewesen wäre, zeigt er Verständnis für die jetzt gewählte Variante. Es schmerzt, dass die Linie 34 in der Stadt neu mit Diesel- anstelle von Trolleybussen geführt wird, dafür setzt die BLT vorbildlich moderne Elektro-Diesel-Busse ein, welche später mit praktisch emissionsfreien Brennstoffzellen ausgerüstet werden können.

Wie Beatrice Fuchs bereits ausführte, ist ein Ausbau der Haltestellen für den schwellenlosen Zutritt sehr wichtig. Er bittet den Regierungsrat, den Ausbau der Haltestellen voran zu treiben. Mit der Verbesserung der Linie 63 wird die Reisezeit auch für die OberbaselbieterInnen bald einmal zumutbar.

Elsbeth Schneider dankt für die wohlwollende Aufnahme der Vorlage und ruft in Erinnerung, bereits im generellen Leistungsauftrag 1997/01 sei die Verbindung ins Bruderholzspital vorgesehen gewesen, der Landrat empfand den Vorschlag damals aber noch nicht als entscheidungsreif und stellte den Betrag zurück. Dass die BLT die Fahrten mit Hybridbussen übernehmen darf, ist erfreulich. Besonders wichtig ist der Einsatz von behindertengerechten Bussen.

Walter Jermann lässt über den Landratsbeschluss befinden.

Titel und Ingress keine Wortbegehren

1. – 4. keine Wortbegehren

://: Der Landratsbeschluss wird einstimmig verabschiedet

**Landratsbeschluss
betreffend neue Erschliessung des Kantonsspitals
Bruderholz mit öffentlichem Verkehr**

Vom 25. November 1999

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Dem Betriebskonzept für die neue Erschliessung des Kantonsspitals Bruderholz mit öffentlichem Verkehr gemäss Variante "Bottmingen" wird zugestimmt.
2. Die Umsetzung des Betriebskonzepts wird mit den für die Bahnhofverbindung (Kleinbus-Shuttle Bahnhof Basel SBB bis Bruderholzspital) reservierten Mitteln gemäss Finanzprogramm des Generellen Leistungsauftrags 1997-2001 (Landratsbeschluss vom 29. Mai 1997) finanziert.
3. Das überwiesene Postulat 98/174 von Landrätin Andrea von Bidder betreffend direkte Verbindung mit dem öffentlichen Verkehr zum Bruderholzspital ist als geprüft abzuschreiben.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

*Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

*

Nr. 204

Frage der Dringlichkeit:

1999/249
Interpellation der SP-Fraktion vom 25. November 1999:

Schliessung der schweizerischen Produktionsbetriebe der Adtranz

1999/250

Interpellation der FDP-Fraktion vom 25. November 1999:
Schliessung der der ADtranz Pratteln

1999/251

Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 25. November 1999:
ADtranz und seine Folgen für die Region

1999/252

Interpellation der SVP-Fraktion vom 25. November 1999:
Adtranz

1999/253

Interpellation der SD-Fraktion vom 25. November 1999:
Schliessung der ADtranz in Pratteln

1999/244

Resolution Landrat des Kantons Basel-Landschaft vom 25. November 1999:
ADtranz Schweiz muss Zukunft haben

1999/245

Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik

1999/246

Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Übernahme des ADtranz-Areals von der Schindler Immobilien in Pratteln

1999/247

Postulat der FDP-Fraktion vom 25. November 1999:
Einrichtung eines Krisendispositivs

1999/248

Postulat von Remo Franz vom 25. November 1999: Ein ständiger Wirtschaftsrat statt eine Task Force!

Walter Jermann informiert, die Regierung sei bereit, die dringenden Interpellationen am Nachmittag zu beantworten. Er bittet die Fraktionen, die Dringlichkeit der verschiedenen Vorstösse kurz zu begründen.

Urs Wüthrich gibt bekannt, die Fraktionspräsidien seien der Meinung, die Zeit müsse für eine inhaltliche Diskussion genutzt werden und man dürfe nicht lange über die Dringlichkeit streiten. Die Dringlichkeit soll gegenseitig zugebilligt und alle Vorstösse behandelt werden.

Walter Jermann fragt, ob die Regierung bereit sei, auch die Postulate zu beantworten.

Regierungsrat **Hans Fünfschilling** erklärt, eventuell könne nicht alles vollständig beantwortet werden und bittet um Verständnis. Die Regierung wird allerdings zu den Interpellationen und Postulaten Stellung nehmen.

Laut **Walter Jermann** werden nach dem Mittag zuerst die

Interpellationen beantwortet, danach die Dringlichkeit der Postulate entgegen genommen und schliesslich die Resolution verabschiedet. Die Fragen der Fragestunde werden je nach Zeit schriftlich beantwortet.

://: Der Vorschlag von Walter Jermann wird stillschweigend genehmigt.

*Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

Begründung der persönlichen Vorstösse

Nr. 205

1999/249
Interpellation der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Schliessung der schweizerischen Produktionsbetriebe der Adtranz

Nr. 206

1999/250
Interpellation der FDP-Fraktion vom 25. November 1999: Schliessung der der ADtranz Pratteln

Nr. 207

1999/251
Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 25. November 1999: ADtranz und seine Folgen für die Region

Nr. 208

1999/252
Interpellation der SVP-Fraktion vom 25. November 1999: Adtranz

Nr. 209

1999/253
Interpellation der SD-Fraktion vom 25. November 1999: Schliessung der ADtranz in Pratteln

Nr. 210

1999/244
Resolution Landrat des Kantons Basel-Landschaft vom 25. November 1999: ADtranz Schweiz muss Zukunft haben

Nr. 211

1999/245
Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik

Nr. 212

1999/246
Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Über-

nahme des ADtranz-Areals von der Schindler Immobilien in Pratteln

Nr. 213

1999/247
Postulat der FDP-Fraktion vom 25. November 1999: Einrichtung eines Krisendispositivs

Nr. 214

1999/248
Postulat von Remo Franz vom 25. November 1999: Ein ständiger Wirtschaftsrat statt eine Task Force!

Nr. 215

1999/254
Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Nutzungsaustausch oder Nutzungszusammenschluss von Gewerbe- und Industriegebiet unter den Gemeinden

Nr. 216

1999/255
Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal

Nr. 217

1999/256
Postulat von Peter Tobler vom 25. November 1999: Richtige "Make or buy" -Analysen für kantonale Vorhaben

Nr. 218

1999/257
Postulat von Mirko Meier vom 25. November 1999: Unterstützung und Förderung der Medien in der Region Basel

*Für das Protokoll:
Andrea Maurer-Rickenbach, Landeskanzlei*

Nr. 219

Überweisungen

Der Landratspräsident gibt folgende Überweisung bekannt: 1999/241
Teilrevision des Notariatsgesetzes vom 18. September 1997; an die Justiz- und Polizeikommission.

*Für das Protokoll:
Colette Schneider, Landeskanzlei*

Nr. 220

15 1999/249

Interpellation der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Schliessung der schweizerischen Produktionsbetriebe der ADtranz

16 1999/250

Interpellation der FDP-Fraktion vom 25. November 1999: Schliessung der der ADtranz Pratteln

17 1999/251

Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 25. November 1999: ADtranz und seine Folgen für die Region

18 1999/252

Interpellation der SVP-Fraktion vom 25. November 1999: ADtranz

19 1999/253

Interpellation der SD-Fraktion vom 25. November 1999: Schliessung der ADtranz in Pratteln

Landratspräsident Walter Jermann leitet zur Nachmittagsdebatte ein. Er begrüsst die beiden Nationalräte Hans Rudolf Gysin und Susanne Leutenegger Oberholzer, die als Gäste auf der Tribüne im Landrat sind. Auch der Gewerbeverein Laufental ist anwesend. Weiter weist der Präsident auf die Anwesenheit eines Fotografen der Blick-Zeitung hin.

Es wird eine kleine Änderung des Ablaufes der Debatte aufgrund der Bürositzung vorgenommen. Zuerst werden die dringlichen Interpellationen beantwortet, anschliessend wird die Resolution gefasst und zum Schluss werden die dringlichen Postulate bereinigt. Da keine Einwendungen vorhanden sind, gibt der Landratspräsident das Wort an den Regierungspräsident weiter.

Regierungspräsident Hans Fünfschilling gibt bekannt, dass die Regierung die Interpellationen auf folgende Weise beantworten wird: Weil von verschiedenen Fraktionen die gleichen Fragen gestellt wurden, hat sich die Regierung bemüht alle diese Fragen und Interpellationen thematisch abzugrenzen. Die einzelnen Regierungsmitglieder werden diese nach thematischen Kriterien beantworten.

Der zeitliche Ablauf:

Vor ein, zwei Jahren kam die Unternehmung ADtranz zur Regierung um bekannt zu geben, dass der Standort von Zürich nach Pratteln verlegt wird. Anschliessend setzte sich die Regierung für Arbeitsbewilligungen und Baubewilligungen ein, um der ADtranz diese Standortverlegung zu erleichtern. Darum wurde die Regierung nicht aufgeschreckt, als in den Medien Berichte über Restrukturierungen aufgetaucht sind, weil sie fälschlicherweise folgerte, dass diese höchstens Richtung Pratteln gehen würden.

Am 12. November 1999 wurde die Regierung über den Schliessungsentscheid der ADtranz wie alle anderen durch die Medien informiert.

RR Fünfschilling war an einer Medienkonferenz und wurde dort von den Medienvertretern um Stellungnahme gebeten. Die Antwort war: „Solange wir nichts direkt von der ADtranz wissen, können wir dazu keine Stellungnahme abgeben.“ Gleichzeitig hat das KIGA mit der ADtranz Kontrakt aufgenommen und vernommen, dass das ganze Kader nicht erreichbar sei. Das Direktionssekretariat der VSD hat weiterhin versucht, eine Stellungnahme zu bekommen.

Während dieser Zeit wurde der Volkswirtschaftsdirektor Straumann kontaktiert, der Regierungspräsident selber war zusammen mit dem Justiz- und Polizeidirektor Koellreuter. Die Baudirektorin Schneider war in Bern an einer Direktorenkonferenz und der Kulturdirektor Schmid war in Wien ebenfalls an einer Direktorenkonferenz.

Nachdem gegen Mittag eine offizielle Mitteilung der ADtranz auf dem Tisch lag, trafen sich Straumann, Koellreuter und der Regierungspräsident. Sie verfassten zu dritt ein Medienbulletin, welches die Reaktion der Regierung beinhaltete. Die Regierung wusste nicht viel und verhielt sich darum in der Stellungnahme moderat. „Wir verstehen es nicht“, war die Reaktion der Regierung. Etwa um 15.30 wurden alle Informationen, die zur Verfügung standen von der VSD zusammengefasst und an die Regierungsmitglieder gefaxt.

Über das Wochenende rief der Regierungspräsident eine ausserordentliche Regierungssitzung für den Montagmorgen ein. Zu dieser Sitzung wurden ebenfalls Spezialisten aufgebeten, die der Regierung in der weiteren Entscheidungsfindung helfen sollten. An dieser ausserordentlichen Sitzung wurde festgehalten, dass eine ständige „Task Force“ eingesetzt werden soll. Diese soll sich dem Problem annehmen. An der ordentlichen Regierungssitzung vom Dienstag, 16. November 1999, wurde das Thema ADtranz weiter behandelt. Dort wurde festgehalten, dass die ersten Ergebnisse der Task Force bis Ende Woche vorliegen. Dann sollte eine weitere ausserordentliche Regierungsratsitzung stattfinden und über die vorliegenden Resultate beraten werden.

Am Mittwoch fand die erste Task Force Sitzung unter der Leitung von Erich Straumann statt. An diese war das Kader der ADtranz ebenfalls eingeladen. Dieses orientierte über die Entscheidungen. Anschliessend wurde beschlossen, dass sich die anwesenden Personen ohne die Anwesenheit der ADtranz-Vertretungen beraten werden.

Am Freitag traf sich ein Teil der Task Force und bereinigte die strategischen Vorschläge. Am Samstag wurden diese ersten Vorschläge von der Regierung zur Kenntnis genommen. Die Regierung sichtete, wertete und gab weitere Aufträge.

Beurteilung der Regierung über den Entscheid der ADtranz
Zuerst war die Regierung wie alle anderen verärgert. Die Regierung war enttäuscht über die Art der Informationspolitik, wie sie die ADtranz-Führung betrieben hatte, vor allem gegenüber den Betroffenen aber auch gegenüber der Regierung. Diese hatte sich, wie vorher erwähnt wurde, für die Unternehmung im letzten und vorletzten Jahr eingesetzt, darum empfand sie es als ärgerlich, dass

sie nicht einmal informiert wurde.

Aus den Medien entnahm die Regierung, dass es darum ginge, Überkapazitäten abzubauen und dass die ADtranz um ihre Produktion und Arbeitsplätze zu erhalten, den Produktionsstandort Pratteln schliessen müsse. In Medienmitteilungen der ADtranz wurde auch gesagt, dass das Marktpotential eine Rolle spielt, vor allem auch mit Hinweis auf die kleine Schweiz und das grosse Deutschland.

Zu dieser Aussage ein paar Gedanken, die sich die Regierung gemacht hat:

1. Marktpotential beim Schliessungsentscheid: Drei skandinavische Produktionsfirmen wurden nicht berücksichtigt, diese bleiben offen, während in der Schweiz alles geschlossen wird. Wenn das Marktpotential der Schweiz mit Dänemark, Norwegen und Schweden vergleichen, hat die Schweiz mehr Rollmaterial auf der Schiene als die drei Staaten zusammen.

2. Es geht auch darum, dass man dort produzieren will, wo die Produktivität gross ist. Pratteln ist ein guter Produktionsstandort, davon ist die Baselbieter Regierung überzeugt. Auch das Know-How ist vorhanden. Die Investitionen, eine motivierte Belegschaft und gute Produkte, die in Pratteln hergestellt werden zeugen ebenfalls von einer guten Situation. Aufgrund dessen ist das Argument der Firmenleitung, dass man die Produktion an einen produktiveren Standort legen soll, nicht einsichtig. Vor allem auch nachdem die Lohnkosten in Pratteln tiefer sind als in Deutschland.

Aufgrund dieser Überlegungen ist die Regierung in der Beurteilung auf das Ergebnis gekommen, dass die Schliessung nicht ein wirtschaftlich begründeter Entscheid ist, mindestens nicht mit den Informationen, die der Regierung zur Verfügung standen. Auch politische Überlegungen waren beim Schliessungsentscheid im Spiel. Aufgrund dessen äusserte sich die Regierung von Anfang an, dass sie dies nicht akzeptiere und dass sie dagegen antreten und kämpfen werde.

Auswirkungen der Adtranz-Schliessung: Finanzielle Auswirkungen, betroffene Arbeitsplätze, Steuerausfälle, volkswirtschaftliche Kosten

Regierungsrat Erich Straumann kann die Tragweite der finanziellen Auswirkungen für den Kanton und die Gemeinden nicht abschätzen. Volkswirtschaftliche Kosten der Region und der Gesamtschweiz sind ebenfalls schwer zu eruieren. Die Schliessungen der Alu Münchenstein, Bertranz MuttENZ, Burkhardt Sulzer und ADtranz sind tragisch, doch könnten die jeweiligen Fälle nicht miteinander verglichen werden. Jede Firma fällt ihren Schliessungsentscheid aus anderen Gründen. Bei der Unternehmung Burkhardt Sulzer ging es darum, dass das Werkareal in Basel nicht vergrössert werden konnte. Deshalb hat sie entschlossen, die Aktivitäten in der Region Zürich zusammen zu fassen. Die langfristigen Auswirkungen können auch hier im jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden. Ebenfalls keine Abschätzung kann für die Auswirkung auf zukünftige Lehrstellenangebote gemacht werden. Immerhin ist die Regierung sicher, dass die jetzigen Lehrling der ADtranz die Lehrstelle nicht verlieren werden. Es existiert ein Lehrstellenverbund, die Lehrlinge werden in andere Betriebe verlegt und dort können sie ihre Lehre abschliessen.

Betreffend kurz- und mittelfristige Massnahmen: die Arbeitnehmer der ADtranz sind sehr hoch qualifiziert. Darum ist die Frage der Qualifizierung in diesem Zeitpunkt nicht angesprochen. Grundsätzlich sei aber im Kanton das sogenannte Impuls-Programm, Chance / Qualifikationen vorhanden, die vorhandenen Ressourcen könnten zur Verfügung gestellt werden, wenn es darum geht, gewisse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umzuschulen.

Die Verweigerung von Arbeitsbewilligungen von der betroffenen Branche, wie ihn die SD in ihrer dringlichen Interpellation anspricht, sieht der Regierungsrat als schlechte Haltung für die Wirtschaftsförderung an. Das würde auch andere Firmen treffen, die beispielsweise Zulieferer der ADtranz sind. Darum sei das nicht so wünschenswert, weil diese Massnahme auch diese Unternehmungen treffen würde. Generell darf daran erinnert werden, dass solche Firmen, bevor sie neue Arbeitsbewilligungen bekommen, Nachweise erbringen müssen, dass sie unter arbeitslos gemeldeten Personen niemand gefunden hätten, der die erforderlichen Qualifikationen mitbringt.

Sozialstellenplan:

Die ADtranz hat einen Sozialstellenplan angeboten und in den Verhandlungen soll auch darüber gesprochen werden. Doch es ist so, dass die Diskussion darüber momentan keinen Vorrang hat. Die Diskussion darüber soll zurückgestellt werden, denn das Werk soll ja wenn möglich erhalten bleiben. Gut qualifizierte Angestellte haben ein Angebot bekommen, in das deutsche Berlin zu wechseln. Doch das sei kein gutes Angebot.

Arbeitsplätze:

Bei der ADtranz selber sind es 700 eigene und temporäre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Für die Zulieferfirma sind 160 MitarbeiterInnen betroffen, wenn das Werk geschlossen wird.

Die Verteilung in verschiedenen Kantonen sieht folgendermassen aus: 257 Personen aus dem Kanton Baselland, 220 aus dem Kanton Aargau, aus Basel-Stadt 58 und der Kanton Zürich ist gesamthaft mit 633 Personen betroffen. Gesamtschweizerisch sind es 1284 Personen, Ausländerinnen und Ausländer 166 Personen, macht ein Total von 1450 Personen, die ihre Stelle bei der Schliessung verlieren.

45 Personen, die von Oerlikon nach Pratteln pendeln, sind betroffen.

10 Personen sind nach Pratteln gezogen wegen der Arbeitsstelle bei der ADtranz.

SBB, BLT

Regierungsrätin Elsbeth Schneider weist darauf hin, dass die Baselland Transportunternehmung BLT in einem Unterhaltsvertrag mit der ADtranz eingebunden sind. Im Juni 1980 wurde dieser Vertrag abgeschlossen und er läuft bis in das Jahr 2010. Damals wurde beim Vertragsabschluss auch die Vertragsbedingungen ausgearbeitet. Wenn der Vertrag nicht erfüllt wird, werde eine Konventionalstrafe einer halben Millionen Franken vorgesehen und auch sämtliche von der BLT entstandene Folgekosten müssen von der ADtranz übernommen werden. Die ersten Erhebungen, die in dieser Richtung gemacht wurden, hat

ergeben, dass diese Folgekosten relativ gross sind. Am Mittwoch, 24. November, fand eine Verwaltungsratssitzung der BLT statt und dort wurde ein offizielles Schreiben der ADtranz behandelt. Darin ist festgehalten, dass sie sämtlichen Vertragsbedingungen nachkommen will und das sie gewillt ist, den Vertrag zu erfüllen. Den Medien konnte entnommen werden, dass damit bei der ADtranz in Pratteln 50 Arbeitsplätze in einer Grössenordnung eines Volumens von 5 bis 7 Millionen Franken, je nachdem was ansteht, erhalten bleiben. Die Abwicklung dieser Unterhaltsarbeit muss auch immer im Gesamten gesehen werden. Die Aufrechterhaltung eines Betriebes ist eher schwierig, wenn sie nachher nur noch den Unterhalt der Tram machen würden.

Eine der Aufgaben, die die Regierung der Task Force gab, war die Prüfung, ob eventuell mit anderen mischen hier auch zusätzlich noch etwas gemacht werden könnte. Auch vom Nationalrat und Bund her soll Druck gemacht werden, dass eventuell die Nachfolgeaufträge von der SBB bereits ADtranz in Pratteln zugesprochen werden, nachdem bis anhin vor allem die neuen Neigezüge gemacht worden sind.

Bundesrat Leuenberger äusserte sich jedoch klar, dass er der SBB keine Vorschriften machen würde. Die SBB sei heute eine Aktiengesellschaft und könne einkaufen, wo sie wolle.

Immer werde noch gehofft, dass dort mit Politik etwas auszurichten sei und die Regierung wäre erfreut, wenn von dieser Seite auch noch Druck gemacht werden würde.

Andere Kantone

RR Erich Straumann ist sehr froh darüber, dass das Parlament den ganzen Fragekatalog gemacht hat. Für die Regierung ist wichtig zu wissen, dass das Parlament dahinter steht, das zeige auch Druck nach aussen.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen sei langsam angelaufen. Straumann telefonierte mit Zürich, mit dem Volkswirtschaftsdirektor Ruedi Jeker aus der Regierung. Dieser reagierte, wie es auch in den Medien zum Ausdruck kam, darauf, dass die Zürcher Regierung solche Schliessungen gewöhnt seien und dass die Regierung nicht so früh agieren würde.

Die Baselbieter Regierung nahm dies zur Kenntnis und versuchte trotzdem den Kontakt aufrecht zu erhalten.

Auch mit den Kanton Aargau, Solothurn und Basel wurde Kontakt aufgenommen. Hier ging es auch noch darum, was für Aufgaben im öffentlichen Verkehr übernommen werden können.

Ziel der Regierungssanktionen

Ebenfalls in den Medien zu lesen war, sagte **RR Hans Fünfschilling**, dass der eidgenössische Volkswirtschaftsdirektor Pascal Couchepin sich mit der Baselbieter Regierung in Verbindung gesetzt hatte. Gemeinsam wurde ein Gespräch mit dem Konzernchef der ADtranz, Rolf Eckrodt, geführt. Der Bundesrat kritisierte vor allem die Art, wie die Schliessung kommuniziert wurde. Rolf Eckrodt entschuldigte sich dafür. In der Zwischenzeit wird eine viel aktivere Kommunikationspolitik betrieben.

Bundesrat Couchepin fragte den Konzernchef, ob die Schliessung damit zu tun habe, dass man sich in der Schweiz nicht wehrt bei einer Schliessung. Eckrodt

verneinte die Frage und gab an, dass der Schliessungsentscheid aus wirtschaftlichen Überlegungen getroffen wurde. RR Fünfschilling plazierte die vorhin erwähnten Punkte im Gespräch und dass die Baselbieter Regierung von der Argumentation des Konzerns nicht überzeugt sei.

Der Konzernchef bot an über Alternativlösungen zu reden. Die Entscheide seien noch nicht definitiv gefällt worden. Es sei noch Zeit, Alternativvorschläge zu machen, die für den Konzern die gleiche Sparwirkung bringen würden.

Die Zielsetzung der Baselbieter Regierung sieht zum jetzigen Zeitpunkt wie folgt aus:

Die Regierung gibt nicht auf und versucht, möglichst noch nicht über Sozialpläne zu sprechen. Die Zielsetzung ist immer noch, dass der Arbeitsplatz ADtranz in Pratteln erhalten bleibt.

Die zweite Strategie beinhaltet, dass der Schliessungsentscheid so lange verschoben werden soll, als das Werk ausgelastet ist. Hier ist die Zusammenarbeit mit der SBB gefragt, die schon vorher zur Sprache kam. Wenn die SBB in nächster Zeit Bestellungen solcher Doppelstockwagen und Neigezügen auslöst, dann wäre das Werk Pratteln noch bis zu vier Jahren ausgelastet. Die Gesamtsituation im Markt würde sich verändern, daraus entstünde vielleicht die Chance, dass die Adtranz-Konzernleitung in einer anderen gesamtwirtschaftlichen Betrachtung den Schliessungsentscheid gar nicht vornehmen würde.

Daneben werde auch auf die Anregungen eingegangen, die von der Adtranz-Leitung ausgegangen seien, indem auch weitergehende Überlegungen gemacht werden. Fragen zu diesen Ideen möchte der Regierungspräsident nicht machen. Die konkreten Ideen müssen zuerst ausreifen und auch abgesichert werden. Wenn Ideen ausgesprochen werden, die als unsinnige Ideen abgetan werden, würde die Verhandlungsposition der Regierung geschwächt werden. Darum bittet Hans Fünfschilling um Verständnis dafür, dass die Regierung nicht konkrete Auskunft gibt.

Nochmals erwähnt der Regierungspräsident, dass man für die Unterstützung im Parlament dankbar ist.

Landratspräsident Walter Jermann fragt, ob die Fraktionen mit der Beantwortung der Fragen zufrieden sind.

Ruedi Brassel dankt der Regierung für die Beantwortung der Fragen. Es sei sicher nicht alles beantwortet worden, darum beantragt der Landrat die Diskussion, aber nicht ohne einen Dank an die Regierung vorauszuschicken: Die Bekräftigung der Regierung, die Arbeitsplätze zu erhalten und die Schliessung zu verhindern wird mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen und verdankt.

://: Die Diskussion wird bewilligt.

Eugen Tanner dankt ebenfalls für die umfassende Antwort. Unverständlich sei die Schliessung, unverständlich das Vorgehen der Konzernleitung. Kurz vorher wurde von einem Ausbau gesprochen, plötzlich sei die Schliessung das Thema. Der Eindruck, dass dort zugeschlagen würde, wo am wenigsten Druck erwartet wurde, ist stark vorhanden, obwohl dies von Rolf Eckrodt dementiert wurde. Globalisierung sei kein Freipass für eine solche „Stillosigkeit“, erklärt der Landrat.

Das Rad lässt sich nicht zurückdrehen, darum dankt Eugen Tanner nochmals der Regierung für die klare und unmissverständliche Haltung. Ebenfalls honoriert der Landrat die Einsetzung der Task Force, die „zu retten versucht, was noch zu retten ist“.

Landratspräsident Walter Jermann will beliebt machen, dass die Diskussion nicht zu einer Stellungnahme sondern zu weitere Fragen der Fraktionen genutzt wird. Mit der Diskussionsbewilligung geht Walter Jermann davon aus, dass diese für alle Fraktionen bewilligt wurde.

Ruedi Brassel findet es positiv, dass Bundesrat Couchepin die Art der Mitteilung der ADtranz-Schliessung verurteilt hat. Wichtig seien jedoch auch andere Aspekte, welche dem Bundesrat, vor allem auch Bundesrat Leuenberger gegenüber vertreten werden sollten: Auf die SBB sollte von Seiten den Bundes ein gewisser Druck ausgeübt werden. Hier möchte der Landrat wissen, ob in diesem Aspekt nicht noch Möglichkeiten vorhanden seien.

Ein weiterer Punkt sind die volkswirtschaftlichen Auswirkung auch im Bereich der Steuern. Steuerausfall von natürlichen und juristischen Personen seien ein relevanter Punkt.

Es geht auch darum, dass von der Unternehmung Daimler Chrysler, die hinter dem ganzen stehen, gesagt wurde, dass eine Kapitalrendite von 15,5 Prozent erwartet werde. In diesem Sinne werde erwartet, dass der Kanton Basel und andere Kantone die Ausfälle, die die Unternehmung mit ihren Gewinnen „einheimen“ will, auf dem Steuerweg selber berappen müssen. Hier wäre dem Landrat eine präzisere Beurteilung aus der Sicht des Regierungsrates willkommen.

Des weiteren spricht Ruedi Brassel den **De-Industrialisierungsprozess** an, der seiner Meinung nach in der Region verstärkt im Gange sei. Das lässt die Frage aufkommen, was hinter dem Ganzen stecke. Diese Fragestellung ginge in die Richtung des Postulates von Urs Wüthrich (1999/245: Für eine aktive Industriepolitik).

Abschliessend stellt der Landrat noch die Frage in den Raum, ob es richtig sei, die Ideen, Alternativen, die die Regierung sieht, vage im Raum stehen zu lassen.

Regierungspräsident Hans Fünfschilling gibt die Antwort des Bundesrats Couchepin wieder, der zu ihm und zum Zürcher Volkswirtschaftsdirektor sagte, dass der Kanton in diesem Punkt gefordert sei.

Die SBB ihrerseits sei sehr kooperativ. In der Task Force nehme ein sehr hochrangiger Vertreter der SBB Einsitz. Die SBB habe Interesse daran, dass das Know-How in der Schweiz erhalten bleibe, auch von der Instandhaltung her gesehen.

Zu den volkswirtschaftlichen Wirkungen und dem Steuerausfall könne nichts ausgesagt werden. Momentan sei man in einer Situation, dass Betriebsschliessungen auf der einen Seite und Betriebseröffnungen auf der anderen Seite stattfinden. Was ein bestimmtes Ereignis auslöst, vor allem in den Sekundärwirkungen, ist nicht voraussehbar. Am Beispiel der Uhrenindustrie, die einmal im Baselbiet angesiedelt war, erklärt der Regierungsrat, dass solche Wirkungen zum Teil nicht einmal im Nachhinein nachweisbar sind.

Steuerausfälle seien ebensowenig voraussehbar.

Bei Daimler Chrysler soll sicher nicht mitgeholfen werden, den Gewinn zu erreichen, dass sei bei den Postulaten nochmals ein Thema.

Generell zum Industriestandort Baselland: Die vielen Schliessungen im Baselbiet in der letzten Zeit bedeuten laut dem Finanzdirektor nicht, dass der Wirtschaftsstandort Baselland in den letzten Jahren an Attraktivität verloren hätte. Das Bruttoinlandprodukt in der Nordwestschweiz ist in den letzten fünf Jahren im Schnitt doppelt so hoch gewesen wie das BIP der Rest der Schweiz. Eine niedrige Arbeitslosigkeit, 1,5 Prozent, ist ebenfalls vorhanden. In den letzten zwei Jahren - 1997 und 1998 - sind 5000 Firmen gegründet worden; demgegenüber stehen 3000 Schliessungen gegenüber.

Aufgrund dieser Beurteilungen sei nicht die Katastrophe angesagt; wichtig sei, das laufend an der Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Baselland gearbeitet werde. Bei der Diskussion des Regierungsprogramms kann der Landrat ebenfalls mitreden.

Rita Kohlermann unterstützt die Arbeit des Regierungsrates und dankt für die Beantwortung der Fragen. Nochmals möchte sie auf die Fragen 3, 4 und 5 der Dringlichen Interpellation der FDP zu sprechen kommen. Wie aus der Abhandlung von Hans Fünfschilling hervorgeht, hat die Regierung schon Kontakte in der Phase der Restrukturierung gehabt. Konnte man dort nicht schon ein bisschen hellhörig werden?

Betreffend der Sozialpläne sieht die Landrätin einen Widerspruch in den Aussagen von Fünfschilling und Straumann: Der erste sagte, über Sozialpläne werde momentan nicht gesprochen, während der zweite meinte, dass dies schon ein Thema sei. Die Landrätin möchte nun wissen, was stimme. Sie fordert auf, die Frage der Sozialpläne nicht herauszuzögern.

RR Hans Fünfschilling weist darauf hin, dass im Hintergrund schon die Sozialpläne besprochen würden, aber im Vordergrund solle nicht schon von diesen gesprochen werden.

RR Elsbeth Schneider weist stark zurück, dass die Regierung schon damals Anzeichen für eine Schliessung hätte sehen sollen. Vor ein paar Monaten ist bei der Baudirektion ein dringliches Baugesuch eingegangen. Dieses betraf den Bau eines neuen Bürogebäude. Die ADtranz hat der BUD signalisiert, dass man möglichst schnell die Baubewilligung haben sollte. Damals gab die Regierungsrätin hohe Priorität für das Baugesuch, weil für die ADtranz der Wirtschaftsstandort Pratteln wichtig schien. Innert vier Wochen lag das Baugesuch auf dem Tisch. Die ADtranz-Geschäftleitung schrieb an die BUD, dass diese in der Baubewilligungsabwicklung „Weltmeister“ sei und dankte dafür.

Weiter führt die Regierungsrätin an, dass für die ADtranz Pratteln immer noch ein Baugesuch laufe.

Auch als bekannt wurde, dass Leute von Oerlikon pendeln, habe die Regierung mit der SBB Kontakt aufgenommen. Damit gab es einen Schnellzughalt in Pratteln für die Pendler.

Aus dieser Sicht sei nirgendwo ein Anzeichen ersichtbar

gewesen, dass die ADtranz in Pratteln schliessen werden.

Dieter Völlmin nahm zur Kenntnis, dass sich die Regierung nicht in die Karten blicken lässt bezüglich der Möglichkeiten, die vorhanden sind.

Weitere Fragen der SVP: Gibt es eine Koordination, und wenn ja, wie ist diese ausgestaltet mit den eidgenössischen Parlamentariern?

Zum Thema Schlussfolgerungen würde der Landrat auch gerne etwas mehr wissen. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass volkswirtschaftliche Auswirkungen dann nicht so gravierend sind, wenn auf der anderen Seite eine Entwicklung in neueren Technologien in der Region vorhanden ist?

Eine weitere Frage ist, ob der Regierungsrat bereit ist, durch Massnahmen, wie zum Beispiel spezifische Ausbildungen von Berufsleuten oder schulische Möglichkeiten neue Technologien zu fördern.

Aufgrund des Ablaufes der Ereignisse möchte der Landrat noch gerne ein Antwort auf die Frage, ob es aufgrund der Erfahrungen nicht sinnvoll wäre, Strukturen zu schaffen, die jederzeit abrufbar und geeignet seien, solche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Weiter wäre die Aufgabe einer solchen Organisation zu informieren und zu reagieren. In sehr grossen Betrieben sei solche Strukturen, die er damit anspreche, vorhanden.

RR Hans Fünfschilling erwähnt betreffend Koordination neben dem Bundesrat die Basler Regierung, die sofort auch ein entsprechendes Bulletin nach Absprache herausgegeben hat. Mit den eidgenössischen Parlamentariern sei man in Kontakt, was auch das Interesse der beiden anwesenden Nationalräte zeige. Im Moment, wo die Regierung sieht, dass eine unterstützende Massnahme beim Bund getroffen werden, wird das selbstverständlich an die Baselbieter Parlamentarier kommuniziert. Momentan wird diese Massnahmen nicht ins Auge gefasst.

Hans Rudolf Gysin ist als Nationalrat Mitglied der Task Force und kann auch selber aufgrund der Informationen eine Beurteilung machen. Der Nationalrat würde in diesem Fall auch mit den anderen Baselbieter Parlamentariern und Parlamentarierinnen Kontakt aufnehmen.

Betreffend der Fragestellung wegen den neueren Technologien weist der Finanzdirektor auf die öffentliche Stellungnahme des Regierungsrates gegen die Generschutz-Initiative.

RR Peter Schmid möchte erwähnen, dass der einzige Vorwurf, der der ADtranz in der Debatte nicht gemacht wurde, derjenige sei, dass das heutige Personal der ADtranz schlecht ausgebildet sei. Das bedeute, dass obwohl bei der ADtranz ausgesprochene Fachleute eingestellt sind, trotzdem keine Absicherung gegen eine solche Schliessung vorhanden sei. Das bedeute aber in keiner Art und Weise, dass die bildungspolitischen Anstrengungen nicht wichtig werden. Der Kulturdirektor erinnert, dass mit grossen Engagement die Fachhochschulen weiterentwickelt werden. Auch für ein Informatikstudium an der FHBB setzt man ein. Das sei wichtig, weil gerade im Falle der FHBB sehr zukunftsreiche Berufsfelder vorhanden sind.

Sobald auf Bundesebene ein zukunftsgerichteter Beruf

entwickelt wird, werde versucht zu reagieren. Qualitativ hat der Regierungsrat ein sehr ein gutes Gefühl, quantitativ könne im einzelnen noch gearbeitet werden.

Heinz Mattmüller macht nochmals auf die Frage der SD aufmerksam, wie es mit den Grenzgängern aussieht. Aus der Sicht der SD seien vom KIGA schon zu viel Grenzgänger zugelassen.

RR Erich Straumann äussert sich, dass die Wirtschaft die Grenzgänger aus dem Elsass und dem deutschen Raum wünscht. Diese Arbeitskräfte werden gebraucht, das ist auch im Falle ADtranz sichtbar. Das sind zum Teil auch Hilfsarbeitskräfte, von welchen in der Region nicht so viel vorhanden sind. Man sei sehr zurückhaltend mit der Erteilung von den Bewilligungen.

Franz Ammann spricht als Vertreter der SBB. Diese sei bestrebt, wie dies der Regierungsrat erwähnt habe, dass hier involviert gearbeitet wurde. Der Verwaltungsrat der SBB sei bestürzt über die Schliessung des ADtranz-Werkes. Als Kunde ist die SBB stark betroffen. Der Verwaltungsrat legt grossen Wert darauf, dass die laufenden Bestellungen der Doppelstock- wie auch der Neigezüge trotzdem termingerecht und mit guter Qualität abgewickelt werden. Die räumliche Nähe der Endmontage zum Rollmaterial SBB Schienennetz hat sich in der Vergangenheit als entscheidender Vorteil für beide Partner erwiesen. Der Verwaltungsrat der SBB unterstützt deshalb die Bestrebung der Geschäftsleitung ADtranz, den Produktionsstandort Schweiz weiterhin zu erhalten.

Uwe Klein fragt, ob sich die Behörden von Frankreich und Deutschland auch in diese Problematik eingeschaltet haben.

Von dieser Seite sei keine Aktivität gekommen, erläutert **RR Hans Fünfschilling**. Von Seiten der Baselbieter Regierung werde der Kontakt gesucht.

Gerold Lusser stellt eine Zusatzfrage zu den Arbeitsstandortsbestimmungen: Das Wallis, insbesondere die Regierung, sei vor eine Entscheidung gestellt worden, die Arbeitsbestimmungen so zu gestalten, dass Arbeitsplätze weiterhin attraktiv bleiben, beziehungsweise erhalten bleiben. Rahmenbedingungen in Bezug auf steuerliche Erleichterung, Energiesteuerabgaben und weitere Problemfälle müssten auch für die Baselbieter Regierung ein Thema sein. Der Landrat möchte wissen, ob die Regierung dieses Thema schon angegangen ist.

Regierungspräsident Hans Fünfschilling hält fest, dass dies das Thema des Regierungsprogrammes sei: „Was gedenken wir in den nächsten vier Jahren mit allen unseren gesetzlichen Möglichkeiten zu tun, um den Wirtschaftsstandort attraktiver zu gestalten?“. Diese Frage in einem weiteren Sinne wird der Landrat nicht nur diskutieren, sondern auch mitbestimmen. Für Steuererleichterungen sei ein gesetzlicher Spielraum für neu zuziehende Unternehmen vorhanden, vor allem wenn diese investieren. Dieser Spielraum werde ausgeschöpft. Der Regierungsrat hält aber fest, dass die Regierung nicht gedenkt,

die ADtranz zu kaufen.

://: Damit sind die Interpellationen erledigt.

Für das Protokoll:

Colette Schneider, Landeskanzlei

Nr. 221

20 1999/244

Resolution des Landrates des Kantons Basel-Landschaft vom 25. November 1999: ADtranz Schweiz muss Zukunft haben

Landratspräsident Walter Jermann verweist auf den § 39 des Landratsgesetzes: Resolution

1 Resolutionsbegehren sind selbständige Anträge, die eine Meinungsäusserung des Landrats zu wichtigen Ereignissen bezwecken. Sie müssen von mindestens zwölf Ratsmitgliedern unterzeichnet sein.

2 Der Regierungsrat kann zum Resolutionsbegehren Stellung nehmen.

3 Die Resolution gilt als zustande gekommen, wenn ihr zwei Drittel der Ratsmitglieder zugestimmt haben.

://: Die Resolution wird einstimmig zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Resolution des Landrates zur angedrohten Schliessung der ADtranz-Werke Schweiz: ADtranz Schweiz muss Zukunft haben

Vom 25. November 1999

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

Für den Landrat des Kantons Basel-Landschaft ist die angedrohte Schliessung der ADtranz-Werke in Oerlikon und Pratteln unannehmbar. Dank motivierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ausgezeichneter Fertigungsqualität, Technologie Know-How und Spitzenprodukten, die sich auf dem Markt durchsetzen, sind die Voraussetzungen für die Weiterführung der ADtranz auf dem Werkplatz Schweiz gegeben. Die bisherigen Bemühungen der Behörden des Kantons Basel-Landschaft, das Unternehmen bei der Optimierung der Produktionsbedingungen zu unterstützen, bedeuten ein klares Bekenntnis der Standorte zur ADtranz. Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft

- appelliert an die Konzernleitung, ihre unternehmerische Verantwortung gegenüber Beschäftigten, Zulieferbetrieben und den betroffenen Regionen wahrzunehmen und auf den Schliessungsentscheid zurück zu kommen,
- unterstützt den Kampf von Belegschaft und Bevölkerung für den Fortbestand von Arbeitsplätzen und Know-How,
- erwartet von den wichtigen Kunden der ADtranz, insbesondere von der SBB, dass sie ihre Stellung und ihren Einfluss auf das Unternehmen im Interesse der Weiterführung der Schweizer Werke geltend machen

und

- unterstützt den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft in seinen Anstrengungen, die Zukunft der ADtranz-Werke Schweiz zu sichern.

Für das Protokoll:

Colette Schneider, Landeskanzlei

Nr. 222

21 1999/245

Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik

Regierungspräsident Hans Fünfschilling gibt die Bereitschaft der Regierung bekannt, das Postulat entgegen zu nehmen. Nach diesem Ereignis ist ersichtlich, dass ein Instrument zur Früherkennung von Problemen gebraucht wird.

Urs Wüthrich ist froh über die Bereitschaft der Regierung, das Postulat entgegen zu nehmen. Die SP hat sich einige grundlegende Gedanken über den Wirtschaftsstandort Baselland gemacht. Die Kritik am aktuellen Problem darf nicht von den zentralen Problemen ablenken. Die räumliche Distanz zwischen dem Ort, wo die Entscheidung getroffen wird, und dem Ort der Arbeit wird immer grösser. Daher ist es leichter, Entscheidungen zu treffen - den Betroffenen müsse nicht mehr in die Augen geschaut werden.

Die Wirtschaftsrealität ist oft sehr weit weg von sozialer Verantwortung, von Rücksichtnahme und einer gesamtwirtschaftlichen, langfristigen Betrachtungsweise. Die Einsicht, dass sozialer Frieden und gesellschaftliche Stabilität unverzichtbare Voraussetzungen für wirtschaftliche Prosperität kommt immer wieder zu kurz.

Hans Schäubling gibt das Einverständnis der SVP bekannt.

://: Das Postulat wird überwiesen.

Für das Protokoll:

Colette Schneider, Landeskanzlei

Nr. 223

22 1999/246

Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 1999: Übernahme des ADtranz-Areals von der Schindler Immobilien in Pratteln

RR Elisabeth Schneider weist darauf hin, dass das Postulat der SP-Fraktion den Erwerb des Areals fordert. Der Regierungsrat lehnt die Entgegennahme dieses Postulates ab. Es sei nicht das Ziel, dass der Regierungsrat anfangs, Tram zu bauen und Industrieareal zu übernehmen. Ein weiterer Punkt ist, dass die Regierung dagegen ist, die Unternehmung Daimler Chrysler zu unterstützen. Die Idee, dass der Teil des Areals, welcher von der

ADtranz nicht genutzt wird, einer anderen Nutzung zugeführt werden könnte, findet auch die Regierung grundsätzlich gut. Die Regierungsrätin erinnert daran, dass dies der Kanton 1995 schon einmal gemacht hat. Damals wurde der Basellandschaftlichen Kantonalbank der Auftrag gegeben, dass ABB/BBC-Gelände zu kaufen und treuhänderisch zu verwalten. Zur Zeit domilizieren im ABB-Gelände 60 Unternehmungen. Folgende Branchen haben sich eingemietet:

Handels-, Speditions-, Transport-, Bau- und Gartenbaubetriebe, Autogarage, Metallbau, Schlosserei, mechanische Werkstädte und ein Ladenbauunternehmen. Das Areal wurde von der Regierung in den vergangenen zwei Jahren geplant und mit Infrastrukturanlagen erschlossen. Wenn heute ein Vermieter kündigt, sind sofort wieder Unternehmungen da, die sich einmieten wollen. Dieser Kauf hat sich also sehr gelohnt.

Ob später eventuell ein Teil des ADtranz-Geländes doch gekauft würde, oder eines der frei werdenden Gebäude genutzt werden könnte, das sind Fragen, die sich die Regierung gestellt hat und die in Abklärung stehen. Es ging ein Auftrag an das Amt für Liegenschaftsverkehr mit den Fragen: Was wird frei? Was könnte der Kanton nutzen? Was sind die Bedürfnisse der Verwaltung? Wo könnte eventuell die Verwaltung oder eine Unternehmung sich einmieten. Die Regierung habe die Augen für solche Lösungen offen. Was die Regierungsrätin aber nochmals betont, ist, dass die Unternehmung nicht gekauft wird.

Urs Wüthrich ist im Gegenteil der Regierung davon überzeugt, dass ein Kauf gut wäre. Das Hauptmotiv sei nicht, dass der Kanton Baselland zwingend Industrieareal kaufen müsse, es ist ihm bewusst, dass Reserve vorhanden sei. Der Landrat möchte, dass neben der „Stücklipolitik“ auch noch überprüft würde, ob es nicht lohnend wäre, das ganze Areal zu kaufen. Die Form des Postulates wurde bewusst gewählt. Die Variante des Kaufes soll seiner Meinung nach vertieft angeschaut werden. Die Überprüfung einer solchen Massnahme wäre auch ein Signal nach aussen, dass es der Regierung ernst ist mit der Weiterführung der Adtranz.

Elsbeth Schneider verweist auf die Grössenordnung hin, die sich im Rahmen eines dreistelligen Millionenbetrag belaufe.

Rita Kohlermann gibt die Ablehnung des Postulates der FDP-Fraktion bekannt. Eine mietweise Übernahme unter bestimmten Bedingungen würde die Fraktion bejahen. Es soll kein subventionierter Mietzins sein und auch keine langfristigen Standortgarantien sollten vergeben werden.

Auch die SVP lehnt das Postulat ab, äussert **Hans Schäublin**. Die Fraktion ist dagegen, in die Marktwirtschaft einzugreifen. Man ginge von einer vorläufigen Weiterführung des Betriebes aus, zumindest die nächsten eineinhalb Jahre.

Robert Ziegler weist auf die Situation im Pratteler Industriegebiet hin: Ein beachtlicher Teil des Geländes liege brach, untergenutzt oder in einer Zwischennutzung. Die Marktsituation in Pratteln ist nicht begehrt. Das Industriea-

real in diesem Moment zu kaufen ist vom Preis her vermutlich sehr günstig. Das Areal kann im Preis nur steigen, wenn der Wirtschaftsstandort wirklich so gut sei.

Maya Graf unterstützt mit der Grünen Fraktion das Postulat. In der momentanen Situationen sollen alle Möglichkeiten geprüft werden. Mit dem Postulat gäbe es keine Verpflichtung, der Kauf sei eine von vielen Möglichkeiten.

Franz Ammann macht die Ablehnung der SD bekannt. Der Grund sei einfach: Wenn in den nächsten Jahren jedes Werk, das zugeht, gekauft werden soll, ist der Kanton Baselland bald bankrott.

Dieter Völlmin teilt die Ablehnung der SVP-Fraktion mit. Der Landrat spricht den Gedanken an, dass der Kanton das Areal kauft und anschliessend die Mietzinse senkt. Doch es sei klar, dass bei der Schliessung der ADtranz die hohen Mietkosten nie ein erwähnter Grund gewesen. Das mache auch im gesamten Paket nicht so viel aus.

Peter Tobler gibt zu denken, dass es zwei Arten des Kaufes des Areals gibt: Einerseits gäbe es die Möglichkeit, das Areal in das Finanzvermögen zu kaufen oder andererseits in das Verwaltungsvermögen. Das brauche einen Landratsbeschluss, der sei referendumpflichtig. Aus diesen Gründen ist für den Landrat das Ganze nicht durchdacht.

Urs Wüthrich spricht Dieter Völlmins Einwand der Mietzinse an. Die 6,5 Millionen Franken Miete seien ein Faktum für den Schliessungsentscheid. Zudem brauche es für die Unternehmung verschiedene Gründe, um eventuell am Standort Pratteln weiter zu machen.

Weiter widerspricht **Urs Wüthrich** der Aussage von **Hans Schäublin**: Schon durch die geführte Debatte werde ein Eingreifen in die Marktwirtschaft gemacht. Auch die Einsetzung der Task Force sei ein Zeichen dafür.

Bruno Steiger bekräftigt nochmals die Haltung der SD gegen einen Kauf. Die Daimler Chrysler Unternehmung soll nicht unterstützt werden.

://: Das Postulat wird mehrheitlich abgelehnt.

*Für das Protokoll:
Colette Schneider, Landeskanzlei*

Nr. 224

23 1999/247

**Postulat der FDP-Fraktion vom 25. November 1999:
Einrichtung eines Krisendispositivs**

Landratspräsident **Walter Jermann** stellt fest, dass Regierungsrat Erich Straumann sich bereit erklärt habe, das Postulat entgegen zu nehmen.

://: Das Postulat wird grossmehrheitlich überwiesen.

Für das Protokoll:
Erich Buser, Landeskantonsrat

*

Nr. 225

24 1999/248

Postulat von Remo Franz vom 25. November 1999: Ein ständiger Wirtschaftsrat statt eine Task Force!

Regierungsrat **Peter Schmid** gibt bekannt, dass die Regierung sich weiterhin als flexibles, d.h. auch rein physisch als bewegliches Gremium erweisen wolle, das absolut in der Lage sei, kurzfristig zusammen zu treten, sei es in Delegationsform oder in corpore. In diesem andauernden Prozess müsse der Baselbieter Regierungsrat das eine Mal als Wirtschaftsrat oder als Finanzrat und ein anderes Mal als Sozialrat oder als Gesundheitsrat fungieren und dabei zwangsläufig Allrounderqualitäten entfalten.

In der Meinung, dass die Wirtschaftsförderung gerade im Hinblick auf ihre Frühwarnfunktion einer kritischen Überprüfung bedürfe, stimme die Regierung mit dem Postulanten überein, doch bitte sie den Rat, die Verantwortung auch in der Wirtschaftsthematik bei der Gesamtregierung zu belassen und das Postulat abzulehnen.

Remo Franz erklärt sich enttäuscht darüber, dass der Regierungsrat das Postulat nicht entgegen nehmen wolle. Weil Vorbeugen nach wie vor besser sei als Heilen, hoffe er sehr, dass die obersten Chefs Handlungsbedarf künftig nicht wie im vorliegenden Fall erst im letzten Moment, sondern schon lange vorher erkennen könnten. Aus seiner Sicht müsse die Regierung noch mehr als bisher Anlaufstelle sein, denn die beste Form von Wirtschaftshilfe sei die Koordination von Einzelfällen. Bei seinem Vorstoss gehe es ihm nur darum, den Rahmen abzustecken und die Details der Exekutive zu überlassen. In diesem Sinne bitte er den Rat, das Postulat zu überweisen.

Rita Kohlermann schliesst sich namens der FDP-Fraktion dem Antrag der Regierung an, das Postulat abzulehnen, weil sie es als überflüssig erachte, erstens den Regierungsrat auch noch als Wirtschaftsrat zu bezeichnen und zweitens in die Exekutivstrukturen einzugreifen. Obwohl in diesem Vorstoss von *Überprüfung der Wirtschaftsförderung* nicht die Rede sei, entfalle auch dieser Grund für seine Überweisung, da sich der Regierungsrat schon dazu bereit erklärt habe. Aus eigener Anschauung wisse sie, dass die Baselbieter Regierung traditionellerweise sehr gute Kontakte zur Wirtschaft pflege.

Roland Meury hat den Eindruck, der Beerdigung eines zu früh Verstorbenen beizuwohnen. Als Minderheit sei der Fraktion der Grünen die Betroffenheit geläufig, welche die Votantinnen und Votanten heute angesichts ihrer Ohnmacht gegenüber den Ereignissen in der realen Wirtschaftswelt veranlasse, im Deklamatorischen Zuflucht zu

suchen. Er wolle sich diesbezüglich auch keine Zurückhaltung auferlegen, damit nicht der völlig falsche Eindruck entstehe, dass die Vorkommnisse den Grünen egal seien. Ehrlicherweise müsse man sich aber eingestehen, dass der Landrat nur sehr wenige Möglichkeiten habe, etwas dagegen zu unternehmen, und die Wirtschaftswelt eigentlich so sei, wie die Mehrheit in diesem und anderen Parlamenten und vor allem jene liberalitätsgläubigen Kreise, die an den letzten Wahlen massiv zugelegt hätten, sie sich wünschten und sie immerzu mit feinen Entscheidungen auch ermöglichten. Diese kleinen Schritte seien doch letztlich dafür verantwortlich, dass der Druck auf die ArbeitnehmerInnen ständig zunehme.

Er gebe hier zu Protokoll, dass für die Grünen sowohl die Erhaltung von Strukturen als auch die Schaffung neuer Stellen nach wie vor dort, wo sie mit lebensfeindlichen Technologien jeglicher Art etwas zu tun hätten, und selbst dann, wenn sich damit viel Geld machen liesse, ihre Grenzen haben müssten. Seine Fraktion werde sich beispielsweise auch weiterhin gegen nicht existenzsichernde Löhne zur Wehr setzen.

Abschliessend halte er fest, dass die drohenden Betriebschliessungen in Pratteln und Oerlikon weder mit der betriebswirtschaftlichen Situation dieser Werke, noch mit der Produktivität und dem Ausbildungsstand der dort Arbeitenden, noch mit dem Wirtschaftsstandort etwas zu tun hätten, sondern vielmehr damit, dass der von den Geldgebern erwartete Profit über die Verantwortung gegenüber Regionen und Menschen gestellt werde.

Ruedi Brassel hält fest, die SP-Fraktion teile die Lagebeurteilung und insbesondere auch die Schlussfolgerung des Postulanten, dass politischer Handlungsbedarf bestehe, das politische Führungsinstrumentarium verbessert und eine breiter angelegte, vorausschauendere Wirtschaftspolitik betrieben werden müsse. Allerdings bereite ihr der Antrag in formaler Hinsicht insofern Mühe, als sie mit dem allzu vage angetönten, problematischen Organisationsgefüge des propagierten Wirtschaftsrates nichts anfangen könne. Sie lehne darum das Postulat in der vorliegenden Formulierung ab.

Remo Franz wirft der SP-Fraktion Formalismus und der FDP-Fraktion mangelnde Bereitschaft vor, in Wirtschaftsfragen der anderen Seite auch nur einen Schritt entgegen zu kommen, was der Gesprächskultur und letztlich auch der Sache nicht unbedingt förderlich sei.

Hans Schäublin informiert, dass die SVP-Fraktion dem Postulat teilweise zustimme, nämlich dort, wo es nicht in die Details der Organisationsstrukturen eingreifen wolle. Wenn der Postulant bereit wäre, den Passus "... aus ihren Mitgliedern zusammengesetzten ..." zu streichen, könnte sie der Überweisung zustimmen.

Eric Nussbaumer weist den Postulanten darauf hin, dass der Sprecher der SP-Fraktion deren Einverständnis mit der Zielrichtung des Vorstosses unmissverständlich zum Ausdruck gebracht und lediglich den untersten Teil des Textes beanstandet habe. Seine Fraktion halte ihn nämlich für unausgegoren, wäre aber ebenfalls bereit, der Überweisung zuzustimmen, wenn der Vorstoss im Sinne des Votums von Hans Schäublin abgeändert würde.

Rita Kohlermann nimmt für die FDP-Fraktion in Anspruch, eben mit der Unterstützung des Postulats *Für eine aktive Industriepolitik* der SP-Fraktion und mit dem eigenen dringlichen Postulat *Einrichtung eines Krisendispositivs* zu den notwendigen Verbesserungen Hand geboten zu haben. Sie persönlich habe schon angedeutet, dass die Baslerbieter Regierung nachgewiesenermassen eine sehr gute Gesprächskultur mit Wirtschaftskreisen pflege.

Peter Schmid reduziert die ganze Diskussion auf die Differenz in der Beurteilung dieses Vorstosses, die darin bestehe, dass die Regierung im Gegensatz zum Postulanten nicht zu dritt, sondern nach wie vor zu fünf regieren und Verantwortung tragen wolle, und zwar besonders in derart wichtigen Angelegenheiten wie dieser. Selbstverständlich sei sie auch bereit, die von Rita Kohlermann erwähnten guten Gespräche mit der Wirtschaft weiter zu pflegen. An Informationsmaterial fehle es ihr auch nicht, so studiere sie mit Interesse die *Regio Wirtschaftsstudie* und alle einschlägigen Unterlagen, die sie regelmässig zugestellt erhalte. In welcher Hinsicht der Regierungsrat es sich einfach machen solle, wie der Postulant unterstelle, sei ihm völlig unverständlich.

Ein wichtiger Punkt in der heutigen Debatte sei die Verantwortung, welche die Regierung so definiere, dass sie diese für ihre eigenen Vorschläge, jedoch nicht für Entscheidungen, die andere trafen, zu übernehmen bereit sei.

Remo Franz erklärt sich bereit, die Forderung seines Postulats wie folgt zu modifizieren: *"Die Regierung wird deshalb dringend eingeladen, einen Wirtschafts ausschuss zu bezeichnen, der die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Basel-Landschaft vorausschauend und aktiv begleitet und der allenfalls weitere geeignete Fachleute zuzieht. Diese Organisation ist entsprechend mit Mitteln auszustatten."*

://: Das Postulat wird mit 38:37 Stimmen überwiesen.

Für das Protokoll:
Erich Buser, Landeskanzlei

*

Nr. 226

11 1999/240 Fragestunde (4)

Landratspräsident **Walter Jermann** stellt fest, dass der Regierungsrat die Fragen der fortgeschrittenen Zeit wegen **schriftlich** beantworten werde.

Für das Protokoll:
Erich Buser, Landeskanzlei

*

Nr. 227

5 1999/147 Berichte des Regierungsrates vom 29. Juni 1999 und der Umweltschutz- und Energiekommission vom 14. Oktober 1999: Lärmschutzmassnahmen an den Kantonsstrassen in den Gemeinden Bottmingen und Oberwil

Jacqueline Halder, Präsidentin der Umweltschutz- und Energiekommission, fasst ihren Bericht kurz zusammen und weist darauf hin, dass – entgegen der ursprünglichen Aussagen von Regierung und Verwaltung – der Bund *allenfalls* bereit wäre, Subventionen *auch bei sog. Erleichterungen* zu leisten, wie aus einem Schreiben der Gemeinderäte von Bottmingen und Oberwil hervor gehe. Der *Beschlussesentwurf im Kommissionsbericht ist um eine Ziffer 4 erweitert worden*, wonach der Landrat zur Kenntnis nehme, dass nach dem heutigen Stand Bundesbeiträge in der Höhe von ca. 53% der Investitionskosten zu erwarten seien.

Weil es vor allem darum gehe, die betroffene Bevölkerung möglichst bald vom Lärm zu entlasten, bitte sie den Rat, auf das Geschäft einzutreten und den Landratsbeschluss zu verabschieden.

Röbi Ziegler stellt den Ordnungsantrag, die Beratungen während 10 Minuten zu unterbrechen. Bei dieser Vorlage handle es sich um ein finanziell und materiell nicht bedeutendes Geschäft, das eine bessere Präsenz im Saal verdiene.

://: Der Ordnungsantrag Ziegler wird mit grosser Mehrheit angenommen und die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

Max Ribi beantragt namens der FDP-Fraktion Rückweisung der Vorlage an die Umweltschutz- und Energiekommission.

Esther Bucher stellt als Sprecherin der SP-Fraktion fest, dass es bei dieser Vorlage darum gehe, die Wohnqualität der lärmgeplagten Bevölkerung an den stark befahrenen Strassen in Bottmingen und Oberwil zu verbessern. Weil es nicht möglich sei, die Lärmprobleme durch einfache Verkehrsberuhigungsmassnahmen zu beseitigen, bleibe

nichts anderes übrig, als an oder unmittelbar bei der Bau- substanz einzugreifen. Lärmschutzfenster hätten gegenüber Lärmschutzwänden neben den unbestreitbaren Vorteilen den Nachteil, dass man sie kaum je offen stehen lassen könne und die Bewohner und ihre Kinder in den Vorgärten doch nicht geschützt wären.

Die SP-Fraktion findet es ungerecht, dass vor allem in der Kernzone als Folge der sog. Erleichterungen vielen Bewohnerinnen und Bewohnern kein Lärmschutz angeboten wird, obwohl die Lärmimmissionsgrenzwerte erreicht sind. Aus diesem Grund könne sich eine grössere Mehrheit der SP-Fraktion nicht hinter die Vorlage in der vorliegenden Form stellen. Sie wolle aber nicht zum Mittel der Rückweisung greifen, sondern mit Änderungsanträgen auf das Projekt direkt Einfluss nehmen.

Max Ribi sieht sich gerade durch die Argumentation der SP-Fraktion in der Ansicht bestätigt, dass Rückweisung der einzig richtige Weg sei, um zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Die Kanalisierung der Verkehrswege durch Lärmschutzwände stelle einen nicht zu unterschätzenden Eingriff in das Ortsbild dar, so dass es sich aufdränge, auf die Errichtung solcher Wände dort zu verzichten, wo Schallschutzfenster angebracht werden könnten. Weil es so oder so um schwerwiegende Eingriffe gehe, sollte die Vorlage nach Ansicht der FDP-Fraktion nicht übers Knie gebrochen, sondern einer erneuten Überprüfung unterzogen werden.

Uwe Klein unterstützt namens der CVP/EVP-Fraktion den Rückweisungsantrag, weil sich die Situation grundlegend geändert habe, nachdem fest stehe, dass gemäss Bundesverordnung doch mit Subventionen gerechnet werden könne. Zugleich werde der Regierung Gelegenheit gegeben, zu den Anliegen der heutigen Antragsteller Stellung zu nehmen.

Hanspeter Ryser gibt bekannt, dass die SVP-Fraktion beantrage, das Geschäft an den Regierungsrat zurück zu weisen, weil die in der Vorlage vorgesehenen Lärmschutzmassnahmen nicht in allen Fällen realisiert werden könnten, z.B. wenn die Errichtung einer Schallschutzmauer nicht möglich sei und an den Fenstern der betreffenden Liegenschaft die Alarmgrenze nicht erreicht werde. Von den in der Vorlage genannten 182 Liegenschaften ohne Massnahmen wiesen lediglich 37 keine lärmempfindlichen Räume auf, was bedeute, dass 145 Liegenschaften keiner Lärmsanierung zugeführt würden. Andererseits stehe im Kommissionsbericht, dass die bisherige, in Binningen angewendete Praxis aus Präjudizgründen nicht geändert werden könne. Weil es sich um ein kantonsweites Problem handle, müsse man es im jetzigen Zeitpunkt einer grundlegenden Lösung zuzuführen versuchen.

Mit der Rückweisung werde der Kommission Gelegenheit gegeben, die festgestellten Mängel der Vorlage zu beheben und über die heute gestellten Anträge zu diskutieren.

Margrit Blatter erklärt, dass die SD-Fraktion der Vorlage einstimmig zustimme. Die Versäumnisse der Vergangenheit im Bau- und Verkehrswesen hätten leider auch für die Öffentlichkeit nun einmal ihren Preis, und es sei nur zu hoffen, dass daraus für die Zukunft die richtigen Lehren

gezogen würden. Ihre Fraktion lehne eine Rückweisung ab.

Alfred Zimmermann gibt seinem Erstaunen über die Haltung einiger Fraktionen Ausdruck, die plötzlich allerlei Bedenken geltend machten, obwohl ihre Vertretungen in der Kommission für die Vorlage gestimmt hätten. Der 12:0-Entscheid sei dort nur zustande gekommen, weil der Vertreter der Grünen, der gegen die Vorlage gestimmt hätte, nicht anwesend gewesen sei. Seine Fraktion lehne diese Vorlage eben so ab wie sie diejenige vor drei Jahren abgelehnt habe, wo es um die Lärmsanierungen in Binningen gegangen sei, weil sie den gewählten Ansatz als grundsätzlich falsch erachte und ein Leben hinter Lärmschutzwänden und -fenstern für unzumutbar halte.

Im ganzen Umweltschutzbereich gelte das Prinzip, dass die Verursacher von Immissionen zur Kasse gebeten werden müssten. Im Falle der Lärmschutzverordnung den Kanton als Verursacher zu bezeichnen, sei nichts weiter als eine rein juristische Konstruktion, weil natürlich nicht der Kanton, sondern die Masse von Autofahrenden den Lärm erzeugten. Es wäre der logischere Ansatz, bis zur Befreiung aller EinwohnerInnen vom Verkehrslärm einen Lärmschutzzuschlag auf die Autosteuer zu erheben oder "Tempo 30" einzuführen.

Die Fraktion der Grünen trete für Rückweisung ein, weil sie sich damit die Gelegenheit verschaffen wolle, in der UEK für ihre besseren Ideen zu werben.

Röbi Ziegler ist im Gegensatz zum Vorvotanten der Meinung, dass "Tempo 30" die Bevölkerung nicht von der Belästigung durch Strassenlärm befreie, weil diese Massnahme lediglich noch grössere Staus zur Folge haben würde. Max Ribi müsse bedenken, dass die Lärmbekämpfungsmöglichkeiten an den Fahrzeugen in den letzten Jahrzehnten weitgehend ausgereizt worden seien, so dass man in sie keine grossen Erwartungen mehr setzen sollte. Einzig in einer Einflussnahme auf die Fahrweise der Leute sehe er noch ein gewisses Potenzial.

Ein weiteres Problem bestehe darin, dass vielen BewohnerInnen in den Kernzonen wegen Platzmangels oder aus Gründen des Ortsbildschutzes kein Lärmschutz angeboten werden könne.

Abschliessend müsse er sein Befremden über die Desinformation der UEK durch die kantonale Fachstelle für Lärmschutz bezüglich der Bundessubventionen zu Protokoll geben. Wenn es sich sogar um eine bewusste Täuschung gehandelt haben sollte, hätte er jetzt allen Grund, sehr erobst zu sein. Um diese Subventionen in Anspruch nehmen zu können, beantrage er, in den Landratsbeschluss folgende neue Ziffer aufzunehmen:

2.^{neu} Wo der Immissionsgrenzwert überschritten, der Alarmwert jedoch nicht erreicht ist und Lärmschutzwände aus Gründen des Ortsbildschutzes oder aus räumlichen Gründen nicht errichtet werden können, spricht der Kanton Beiträge an Schallschutzfenster oder ähnliche Massnahmen. Gleichzeitig beantrage er, den Kredit gemäss Ziffer 1 um 1,8 Mio. Franken zu erhöhen. Von einer Rückweisung verspreche er sich weder neue Erkenntnisse noch neue politische Mehrheiten, sondern bloss eine Verzöge-

zung der Lärmschutzmassnahmen in den betroffenen Gebieten um mindestens ein halbes Jahr.

Ernst Thöni hält fest, dass die drei Vertreter der FDP-Fraktion nicht von dieser, sondern von der Post des BUWAL betreffend Bundessubventionen zur Meinungsänderung veranlasst worden seien. In der UEK habe er sich für das Aufbringen von "Flüsterbelägen" eingesetzt und nachträglich feststellen müssen, einer falschen Auskunft hinsichtlich Auswirkungen der Geschwindigkeit aufgegessen zu sein. Was "Tempo 30" anbelange, müsse der Argumentation von Röbi Ziegler nichts mehr hinzu gefügt werden. In dieser Situation beantrage er dem Rat, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen.

Peter Tobler bittet die Umwelt- und Energiekommission, bei einer allfälligen Rückweisung die Frage der Rechtsgrundlagen, Subventionsbestimmungen usw sorgfältig zu prüfen, weil er in verschiedenen Bereichen die Erfahrung gemacht habe, dass das BUWAL mittels Rundschreiben, Artikeln und Briefen zu legiferieren versucht und sich darauf beschränkt habe, nur das mitzuteilen, was einem Sachbearbeiter gerade in den Kram gepasst habe. Die Kommission wäre auch gut beraten, den Ortsbildschutz in die Überlegungen einzubeziehen.

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** erklärt, sich nicht zur Rückweisung äussern zu wollen, weil es Sache des Rates sei, darüber zu entscheiden. Was die Bau- und Umweltschutzdirektion angehe, glaube sie, der UEK korrekt Auskunft erteilt zu haben.

Zum Thema *Lärmschutzwände* müsse sie feststellen, dass von den 410 Objekten in Bottmingen und Oberwil 135 mit solchen versehen würden. Die eidgenössische Lärmschutzverordnung schreibe als Alarmwert 70 db vor, und der Kanton Basel-Landschaft habe diesen auf 68 db herabgesetzt, so dass viel mehr BewohnerInnen in den Genuss von Lärmschutzwänden und Schallschutzfenstern kämen.

Befürchtungen, dass die Ortskerne wahllos mit Lärmschutzwänden verunstaltet werden könnten, seien angesichts des hohen Stellenwerts der Ortsbilder in diesem Kanton und des Mitspracherechts der Denkmalpflege, der Ortsbildschutzpflege und der Gemeinden völlig unbegründet.

Die 240 anderen Objekte, von denen behauptet werde, dass sie durch die Maschen des Netzes fielen, wiesen eine Lärmbelastung von 65 bis 67 db auf. Durch die Herabsetzung des Alarmwerts um 2 db habe der Kanton die Schallschutzzone auf 15 Meter erweitert, so dass auch nicht direkt an die Strassen angrenzenden Objekte in den Genuss von Lärmschutzfenstern kämen. Im Übrigen verweise sie auf § 13 des kantonalen Umweltschutzgesetzes. Bei 410 in Frage kommenden Objekten wäre es allein schon aus administrativen Gründen problematisch, den Betroffenen die freie Wahl zwischen Schallschutzfenstern und -wänden zu überlassen. Letztlich sei alles eine Preisfrage, und in Oberwil und Bottmingen müsste man dann mit Mehrkosten von 3,2 Mio. Franken rechnen. Selbst wenn man statt 35 Lärmschutzwände die gleiche

Anzahl Lärmschutzfenster vorsähe, käme man noch auf 1,6 Mio. Franken Mehrkosten. Abgesehen davon wäre es ungerecht, in diesen beiden Gemeinden eine grosszügigere Lösung vorzusehen als seinerzeit in Binningen. Eben so wenig könnte man im Hinblick auf künftige Begehren die Praxis wieder herunter fahren. Basel-Stadt habe die Baselbieter Lösung als sehr geschickt befunden und übernommen.

Roland Meury weist darauf hin, dass das Umweltschutzgesetz die Einführung von "Tempo 30" auf Kantonsstrassen aus Umweltschutzgründen durchaus zulasse und diese Massnahme nach einer zuverlässigen Studie eine reale Verminderung des Lärmpegels um 10 bis 4 db bringe. Wenn man dieses Resultat mit dem Effekt der Herabsetzung der Alarmgrenze um 2 db vergleiche, die man mit 3,2 Mio. Franken Mehrkosten erkaufe, sollte man eigentlich zu einer anderen als der in diesem Rat mehrheitlich vertretenen Bewertung der zu Gebote stehenden Massnahmen gelangen. Was die Durchsetzbarkeit eines Niedriggeschwindigkeitsszenarios angehe, könne in Stosszeiten wegen der Staus ohnehin niemand schneller als 30 km/h fahren und in den übrigen Zeiten entstehe bei diesem Tempo gar keine Stau. Wenn man alle Alternativen nur der Bequemlichkeit halber zum vornherein ablehne, komme man nie auf einen grünen Zweig.

Jacqueline Halder denkt, dass Rückweisung an die Kommission eine Mehrheit finden werde, obwohl die Aussicht, dass eine nochmalige Diskussion zu mehrheitlich anderen Ergebnissen führen werde, als sehr gering einzuschätzen sei. Es tue ihr persönlich für die betroffene Bevölkerung leid, dass sie wegen der Rückweisung eine weitere Verzögerung werde in Kauf nehmen müssen.

://: Die gleichlautenden Anträge der FDP- und der SVP-Fraktion, dass die Vorlage an die Kommission zurück zu weisen sei, werden grossmehrheitlich angenommen.

Für das Protokoll:
Erich Buser, Landeskantlei

*

Nr. 228

Mitteilungen

Landratspräsident **Walter Jermann** macht darauf aufmerksam, dass am Sonntag, 28. November 1999, in Binningen ab 19.00 Uhr ein Apéro zu Ehren des neu gewählten Ständerats des Kantons Basel-Landschaft stattfindet: Seitens der Gemeinde ist signalisiert worden, dass der Landrat dort herzlich willkommen ist.

Für das Protokoll:
Erich Buser, Landeskantlei

*

Die nächste Landratssitzung findet statt am

Mittwoch, 15. Dezember 1999, 16 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

der Präsident:

der 2. Landschreiber: